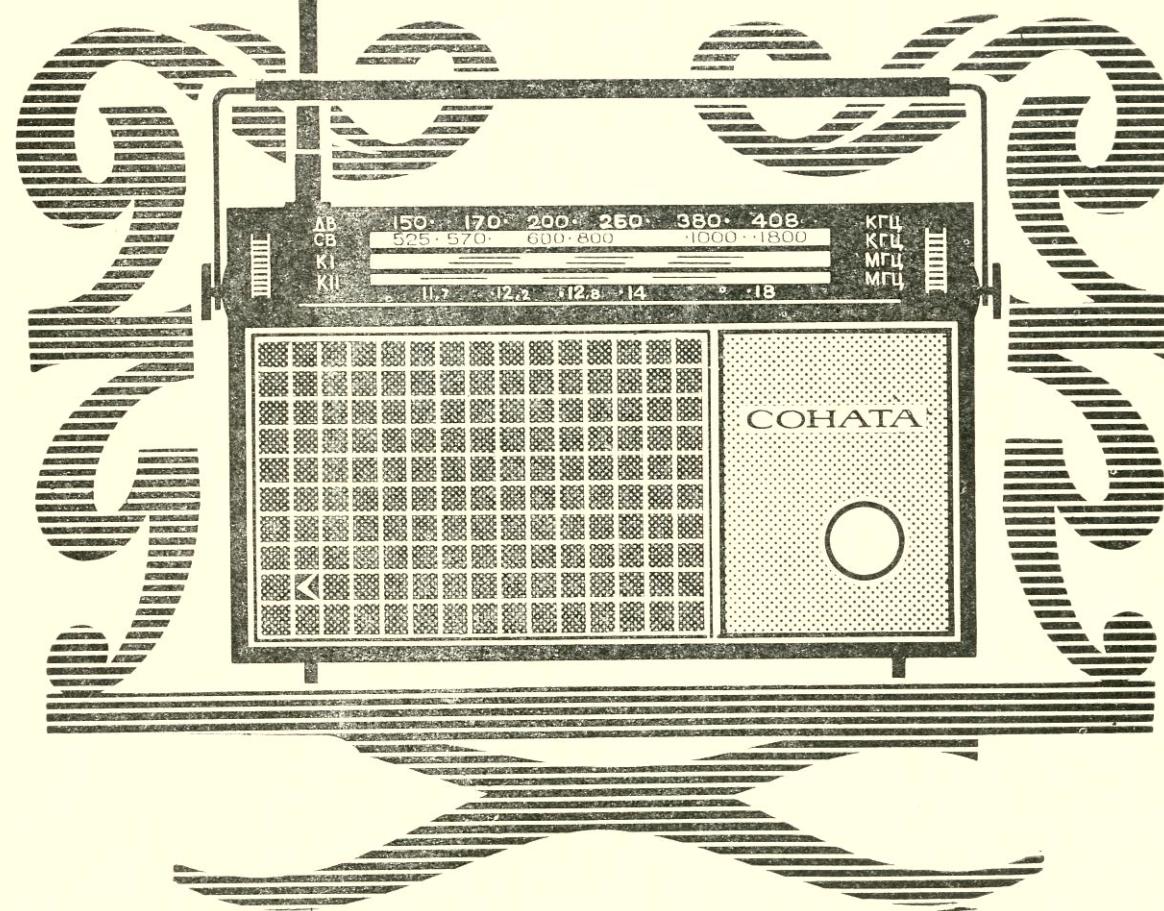
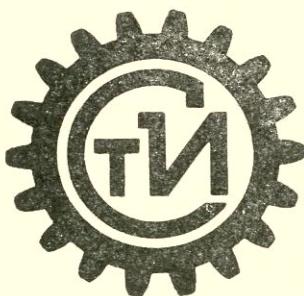


SONATA

neuestes Transistorradio
zu Haus
beim Wandern und Rasten
auf Reisen



10 Halbleitertrioden
Lang-, Mittel- und Kurzwellen (zwei Wellen-Unterbereiche)
Zu beziehen durch
V/O MASHPRIBORINTORG
UdSSR, Moskau G-200



На немецком языке

NEUE ZEIT

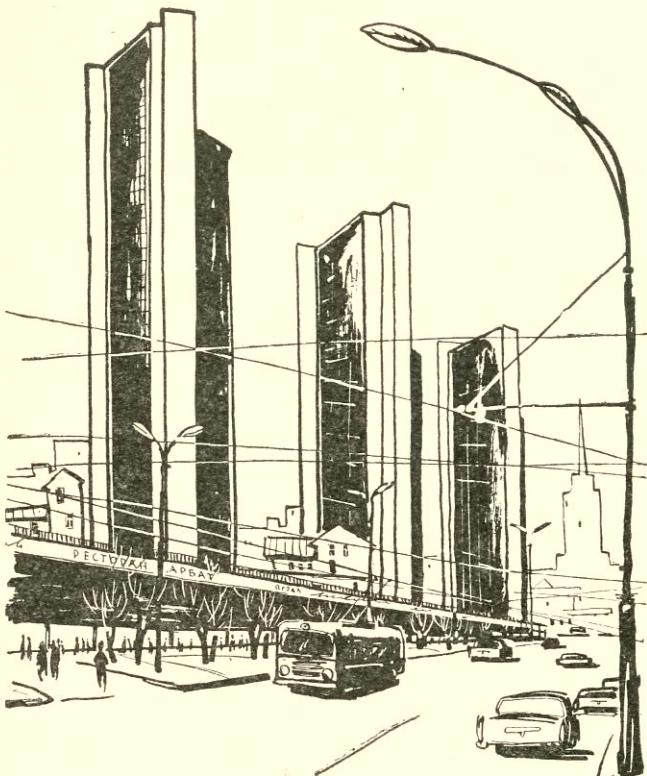
Warnung an Bonn
Warum muß McNamara gehen?
Burundi: Land und Leute
Wo ist Francisco Caamaño?
Make-up in Kanton

51

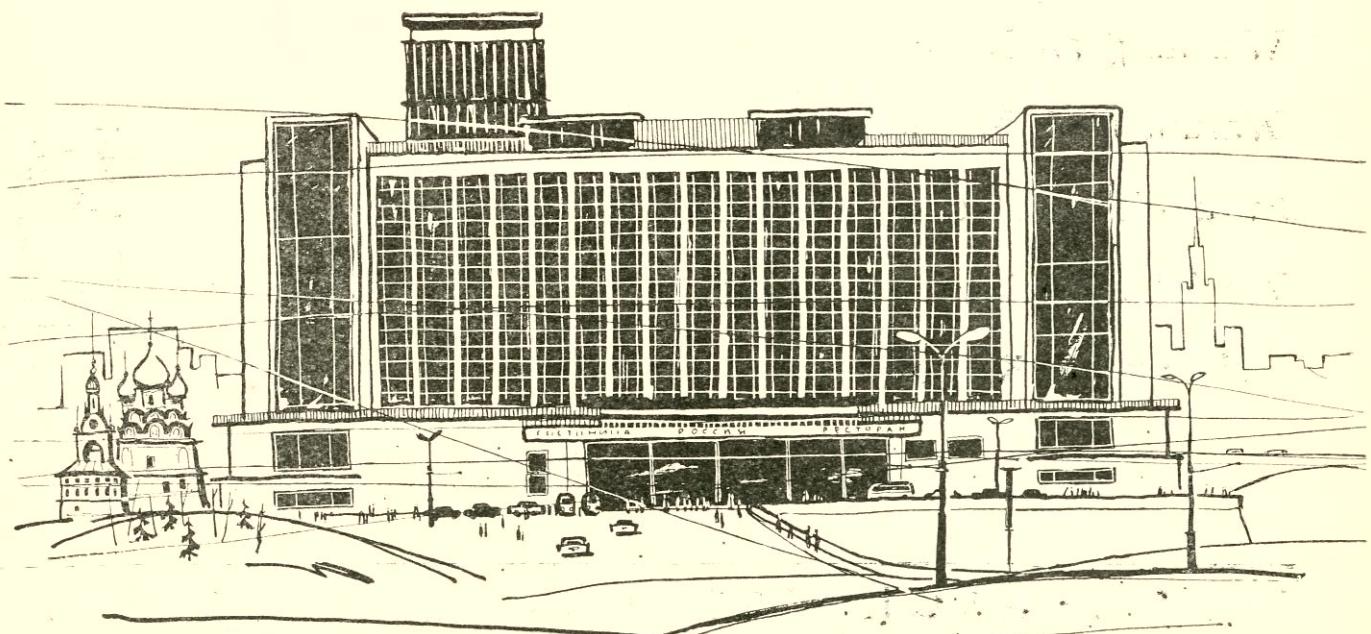
20. DEZEMBER
1967

WOCHE NSCHRI FT FÜR WELTPOLITIK

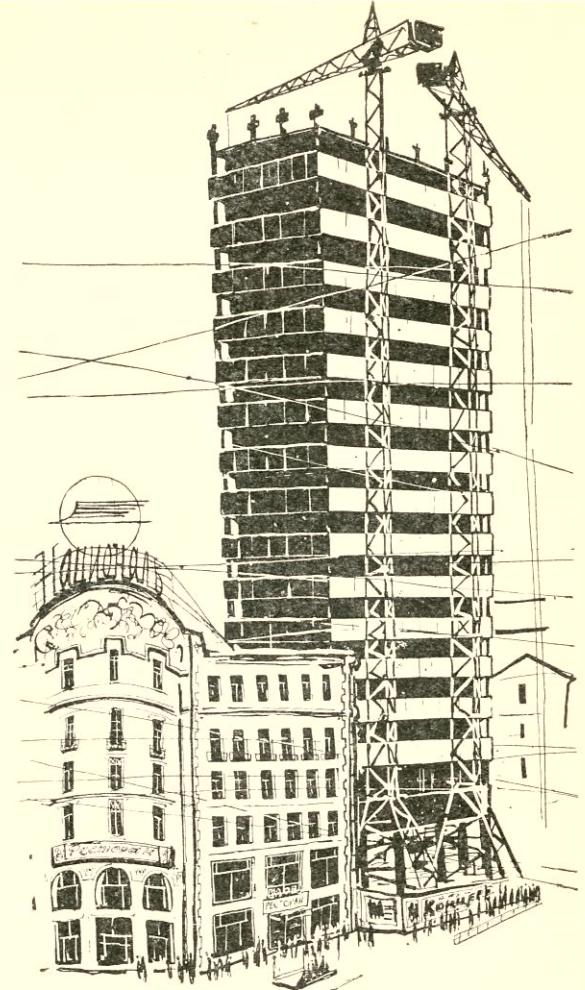
Moskau 1967



Die Kalinin-Allee



Hotel „Rossija“



Das Hotel „National“ wird angebaut

Zeichnungen von Valeri Grysow

NEUE ZEIT

Nr. 51

20. Dezember 1967
Wochenschrift für Weltpolitik
Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau
25. Jahrgang

Erscheint in russischer,
deutscher, englischer, französischer,
spanischer, polnischer und tschechischer
Sprache.

Sämtliche Ausgaben
entsprechen der russischen.
Russisch am 15. Dezember erschienen.

In diesem Heft:

Unser Kommentar	1
J. Schischkow – Englands Hindernisrennen	3
A. Leontjew – Washingtons Wunschedenken	5
B. Teplinski – Robert McNamara und der Kriegsmoloch	7
L. Besymenski – Auch am Rhein kann das passieren	10
J. Kosjukow – Make-up in Kanton	13
B. Raiski – Paris im November	15
William Patterson – In Meridian, Mississippi	18
A. Tschlenow – Goyas Tradition	19
Zeitgeschehen: Die Agonie der Imamsreaktion in Jemen • Gezänk in der OAS • Die Studentenunruhen in Spanien	20
P. Orlow – Wo ist Francisco Caamaño?	23
Internationale Umschau	25
V. Sidenko – Burundi: Land und Leute	27
J. Ossipow – Neubelgrad	30
Fünfzig Jahre sowjetischer Außenhandel (Bücherschau)	31
Biographisches: Erzbischof Makarios • Qahtan as-Shaabi	12, 24
Leserbriefe	22
Chronik	32

Zum Jubiläum unseres Nachbarn im Norden

Finnland feierte am 6. Dezember seine 50jährige Unabhängigkeit. Zu den Festlichkeiten traf auf eine Einladung Präsident Kekkonens hin Nikolai Podgorny, der Präsidialvorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR, in Helsinki ein. Der Besuch war ein Ausdruck der aufrichtigen Freundschaft und Sympathie unseres Landes für den Nachbarn im Norden.

Der Nationalfeiertag des finnischen Volkes liegt dem Sowjetvolk besonders nahe, denn die Unabhängigkeit Finnlands ist aufs engste mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution verbunden. Deren läuternder Sturm zerbrach die Ketten der nationalen Unterdrückung, in die Rußland vom zaristischen Absolutismus geschmiedet war. Die Revolution bahnte den Finnen den Weg zur Selbstbestimmung. Lenin als Chef der Sowjetregierung händigte einer finnischen Abordnung persönlich das von ihm unterzeichnete Dekret ein, in dem die staatliche Unabhängigkeit der Republik Finnland anerkannt wurde.

Damit war die Möglichkeit zur Herstellung eines friedlichen, freundschaftlichen Verhältnisses zwischen den beiden Ländern gegeben. Und doch kostete es noch viel Mühe, dieses Verhältnis auf die breite Bahn einer wahren Freundschaft und Zusammenarbeit zu lenken. Einer der wichtigsten Marksteine dazu war der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe, dessen 20jähriges Bestehen im kommenden April begangen wird. Auf der festen Basis dieses Vertrags ruht heute ein System gegenseitiger Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Finnland, das mit Recht als Muster der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung angesehen wird.

Der Kurs auf Freundschaft und Zusammenarbeit hat in allen Bereichen der sowjetisch-finnischen Beziehungen reiche Früchte getragen. Für 1968 ist ein Warenaustausch in Rekordhöhe vorgesehen, er wird sich auf 450 Millionen Rubel belaufen. Die beiden Länder finden auch neue Formen für ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit. So haben finnische Baufachleute einige Kraftwerke für die Sowjetunion gebaut und umgekehrt sowjetische Fachkräfte geholfen, in Raase ein großes Hüttenwerk zu errichten. Zur Zeit wird der Bau einer Gasleitung aus der Sowjetunion nach Finnland erörtert. Unlängst ist eine Sowjetisch-Finnische Schiffahrts-AG für die Bewirtschaftung des Saimaa-Kanals gegründet worden, den die Sowjetunion an Finnland verpachtet hat. Zur Vertiefung und zum Ausbau dieser Zusammenarbeit soll auch die in diesem Jahr gebildete permanente Sowjetisch-Finnische Regierungskommission beitragen.

Das Freundschaftsverhältnis zwischen der Sowjetunion und Finnland liegt im nationalen Interesse beider Völker. Für den Kurs darauf, die Freundschaft zur Sowjetunion noch enger zu gestalten, für die Paasikivi-Kekkonen-Linie,

sind weite Kreise des finnischen Volkes. Davon zeugt auch das Zustandekommen eines Wahlblocks, dessen Programm es ist, die Wiederwahl Präsident Kekkonens auf weitere sechs Jahre zu erwirken, dieses Mannes, der so viel für die Herstellung des festeren Vertrauens unserer Länder zueinander getan hat.

Wenn heute in Nordeuropa Ruhe und Frieden herrschen, so ist das ein großer Verdienst der beiden Völker. Ihr gutnachbarliches Verhältnis spielt bei der Erhöhung der europäischen Sicherheit eine durchaus nicht unwesentliche Rolle.

Das 50jährige Jubiläum des Sowjetstaates und das der Republik Finnland, die organisch miteinander verbunden sind, ermöglichen es, von der Warte der geschichtlichen Erfahrung aus den Weg zu überschauen, den sie seit ihrem Entstehen zurückgelegt haben. Die Freundschaft, das gegenseitige Vertrauen und die erprobte Zusammenarbeit sind Gemeingut beider Völker.

Verantwortlich sind alle

Im vorigen Heft schloß die Aufsatzfolge „Aus der diplomatischen Geschichte des zweiten Weltkriegs“ über das Teheraner Treffen der Chefs dreier Großmächte von 1943. Seit Teheran ist fast ein Vierteljahrhundert vergangen, und aus dieser geschichtlichen Distanz kann man leichter Klarheit über Geschehnisse von heute gewinnen.

In der Tat, der sowjetische Standpunkt dazu, was aus Deutschland werden solle, zeugte von einer angelegentlichen, prinzipiellen Sorge um die Zukunft Europas. Noch war der Krieg im Gange, aber schon damals sah es die Sowjetunion als notwendig an, Maßnahmen festzulegen, die ein Wiederaufkommen des deutschen Militarismus und Nazismus verhüten und eine Demokratisierung des politischen Lebens in ganz Deutschland gewährleisten sollten. Die Westmächte dagegen zogen es vor, formale Projekte für eine Teilung Deutschlands aufzustellen und keine praktischen Schritte zu unternehmen.

In Teheran und später in Jalta und Potsdam tobte ein hartnäckiger diplomatischer Kampf um die politischen Perspektiven Nachkriegseuropas. Er endete damit, daß nach dem Willen der Völker in Potsdam Beschlüsse gefaßt wurden, die völkerrechtliche Geltung besitzen. Deutschland sollte ein friedlicher Staat, seine Streitkräfte sollten aufgelöst und der Nazismus sollte für alle Zeiten aus dem politischen Leben ausgeschaltet werden. Diese Beschlüsse erlegten den Großmächten eine ganz bestimmte Verantwortung dafür auf, daß die hochsinnigen Ideen in die Tat umgesetzt werden, für die Millionen ihr Leben hingegeben hatten.

An diese sehr große politische und moralische Verantwortung hat die Sowjetunion die drei Westmächte in der Erklärung erinnert, die ihnen am 8. Dezember zu-

geleitet worden ist. Am selben Tag ging an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine Erklärung der Sowjetregierung ab, die das Aktiverwerden der militärischen und neonazistischen Kräfte im Bonner Staat zum Gegenstand hat.

Nicht zum erstenmal äußert die Sowjetunion ihre Besorgnis über die gefährliche Entwicklung in Westdeutschland. Jetzt stehen die Völker Europas vor einem neuen Faktum: Die politische und staatliche Arena der Bundesrepublik hat die Nationaldemokratische Partei, eine direkte Nachfolgerin von Hitlers NSDAP, betreten. Die Geschichte der braunen Bewegung hing mit München, dem Stützpunkt Hitlers, zusammen; heute spielt Hannover eine unheilvolle Rolle, die Stadt, in der die westdeutsche NPD im November ihren Parteitag abgehalten hat.

Jahrelang sammelten die Neonazis in der Bundesrepublik Kräfte, und heute hat Adolph von Thaddens Partei in sechs Landtagen 48 Sitze inne. In Hannover hat sie einen „Marsch auf Bonn“ angesagt, denn 1969 stehen ja wieder Wahlen bevor. Aus dem Programm dieser Partei geht mit restloser Klarheit hervor, worauf sie aus ist: darauf, Grenzen Europas zu ändern, Ansprüche auf Österreich und Südtirol zu stellen, die Wiederherstellung des deutschen Generalstabs durchzusetzen und was der chauvinistisch-demagogischen Anmaßungen mehr sind.

Die größte Tragweite aber hat der Umstand, daß der Neonazismus organisch mit dem sozialen und politischen System in Westdeutschland verwachsen ist. Das Wirken der NPD ist nur ein Detail im Gesamtbild des Erstarkens der reaktionären Kräfte in Westdeutschland.

Unter diesen Umständen betont die Sowjetunion mit Recht, daß dieses Erstarken der reaktionären Kräfte nicht bloß eine innere Angelegenheit des westdeutschen Staates ist. Wie in der Erklärung der Sowjetregierung gesagt ist, „geht es ausnahmslos alle Völker und Staaten an, die gegen den Faschismus gekämpft haben“. Die Hauptverantwortung aber tragen die Partner der Potsdamer Abkommen.

Die Grundsätze von Potsdam sind durchaus real. Davon kann man sich überzeugen, wenn man sich der Deutschen Demokratischen Republik zuwendet, wo der Militarismus und der Nazismus für alle Zeiten ausgemerzt worden sind. Die Sowjetunion erinnert daran, daß sämtliche Verhandlungspartner von Potsdam die Pflicht haben, „dafür zu sorgen, daß auf dem Boden der BRD strikt im Sinne und im Geiste dieses Abkommens gehandelt wird“.

Die Geschichte ist ein strenger Lehrmeister. Sie duldet es nicht, daß man die harten Lehren in den Wind schlägt, die Europa in den letzten Jahrzehnten erteilt worden sind. Es ist ein Verbrechen, das Gefährliche der Entwicklung in der BRD nicht sehen zu wollen. Nicht von ungefähr dehnt sich auch in Westdeutschland selbst die Bewegung derer aus, die gegen die Bonner Reaktion ankämpfen. Ganz Europa, ja die ganze Weltöffentlichkeit muß den Aufruf der Sowjetunion hören, sich ihrer Verantwortung bewußt zu sein und nicht zuzulassen, daß in der BRD die verhängnisvollen Fehler aus der Vergangenheit wiederholt werden.

Juri SCHISCHKOW

In den letzten Wochen jagen sich die politischen Sensationen in Westeuropa. Noch hatte sich die Aufregung über die Pfundabwertung nicht gelegt, als de Gaulle durch seine Pressekonferenz vom 27. November in vielen Ländern die Gemüter aufs neue in Wallung brachte.

In einer Hinsicht stehen die beiden genannten Ereignisse in engem Zusammenhang. Wir sprechen vom Problem des Beitritts Englands zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Keineswegs neu, ist dieses Problem jetzt noch komplizierter geworden. In ihm äußern sich die tiefen ökonomischen und politischen Widersprüche der kapitalistischen Welt.

Bereits Anfang 1963 hatte das Pariser Veto den EWG-Beitritt Englands verhindert. Seitdem waren dem Gemeinsamen Markt viele Belastungsproben beschieden, und im gesamten atlantischen System mehrten sich die Risse. Zu all dem tritt nun die Pressekonferenz des französischen Staatschefs, seine abermalige Erklärung, daß Frankreich heute „nicht in der Lage ist, Verhandlungen mit den Engländern und den mit ihnen liierten Ländern aufzunehmen, denn sie würden zur Vernichtung der europäischen Gemeinschaft führen“.

Man könnte meinen, es sei eine einfache Wiederholung der Geschichte. Aber hat sich in den letzten vier Jahren etwa nichts geändert?

Auf dem alten Kurs

Natürlich hat sich vieles geändert: die Gesamtsituation in Europa, das Kräfteverhältnis im westlichen Lager und schließlich der Gemeinsame Markt selbst. England ist nun bemüht, dieser sich wandelnden Wirklichkeit Rechnung zu tragen, ohne die alten Grundlagen seiner Politik aufzugeben.

Nach dem Scheitern seines ersten Versuches, der EWG beizutreten, suchte England die Europäische Freihandelsgesellschaft, die EFTA, zu stärken, die es bereits 1960 gegründet hatte. Es bemühte sich um eine Senkung und um die schließliche Abschaffung der Zölle im Rahmen der EFTA, traf einige Maßnahmen, um seine Wirtschaft auf eine gesunde Grundlage zu stellen und ihre chronisch niedrigen Zuwachsraten zu steigern. Aber die Nachwirkungen der Empire-Zeit — die in Jahrhunderten zur Ausbildung gekommene Orientierung der britischen Wirtschaft auf die Ausbeutung von Kolonien, die Überreste der „militärischen Präsenz“ von John Bull in verschiedenen Gebieten der Welt und das Bestreben, sich um jeden Preis

Englands Hindernisrennen

weiterhin das Air einer Weltmacht erster Klasse zu geben —, all das ist heute ein schweres Handicap für die Wirtschaft des Landes. Die Zuwachsrate des nationalen Bruttoprodukts Englands, die sich 1964 auf 6,4 Prozent belief, sank im folgenden Jahr auf 2 Prozent und machte 1966 nur noch 1,1 Prozent aus. Das britische Währungs- und Finanzsystem hat mit wachsenden Schwierigkeiten zu kämpfen.

Die Unterwanderung der britischen Industrie durch das US-Kapital schränkte im Verein mit der militärischen und politischen Abhängigkeit von Washington Englands Selbständigkeit immer mehr ein und fesselte es an den Aggressionskurs der Vereinigten Staaten. Den Fliegerkräften im Commonwealth konnte es nicht Einklang gebieten. So verlor London immer mehr den Boden, auf dem seine frühere Politik beruhte.

Nach qualvollem Zaudern rang sich die Labourregierung angesichts dieser Umstände zu dem Schluß durch, daß es für England, um mit Außenminister Brown zu sprechen, viel vorteilhafter wäre, in die EWG zu gehen, als ihr fernzubleiben. Sie beschloß darum, den Versuch der Konservativen zu wiederholen und sich um die Aufnahme in die EWG zu bewerben, da diese die Interessen der konkurrenzfähigsten Mammutmonopole am besten wahrnehmen kann.

Der Preis

England ist sich darüber klar, daß es ein beträchtliches Eintrittsgeld zahlen muß, wenn es in die EWG aufgenommen werden will. Es kann sich seine Aufnahme nicht als ein Almosen erleben, zumal es beabsichtigt, in der Gemeinschaft eine führende Rolle zu spielen. Der erwähnte Brown sagte einmal unverblümmt:

„Wenn es uns gelingt, uns in Europa“ (gemeint ist die EWG) „Eingang zu verschaffen, so werden wir einen großen Einfluß auf Europa“ (diesmal ist Westeuropa gemeint) „ausüben, darüber hinaus aber auch einen Einfluß auf Osteuropa und schließlich auf die gesamte Welt. Das ist die Aufgabe, der wir alle unsere Kräfte widmen müssen.“

Bei solchen Ansprüchen muß Großbritannien in „Europa“ natürlich wirtschaftlich fit erscheinen. Um das zu erreichen, muß es mehrere Löcher in seinem Panzerrock stopfen, vor allem das größte von ihnen, das chronische Defizit seiner Zahlungsbilanz, mit dem die Labilität des Pfunds Sterling zusammenhängt. Nur bei Sanierung seiner Finanzen und seiner Wirtschaft könnte Großbritannien als Gleichberechtigter mit den führenden EWG-Mächten, Westdeutschland und Frankreich, verhandeln, die harte Valuten und relativ stabile Zahlungsbilanzen haben.

Die Notwendigkeit, die Zahlungsbilanz zu regeln, beruht auch auf anderen Erwägungen, die den britischen Außenhandel betreffen. Dessen Bilanz als wichtigster Bestandteil der Zahlungsbilanz ist ständig passiv, hängt England doch stark von der Nahrungsmittel- und Rohstoffeinfuhr ab. Das Defizit der Außenhandelsbilanz beträgt alljährlich Hunderte Millionen Pfund Sterling.

Wenn England der EWG beitritt, so ist es aus mit dem jetzigen Zollschatz, den sein Binnenmarkt genießt. Englands Industrie und Landwirtschaft werden es dann mit sehr starken Gegnern zu tun bekommen, die zudem im Konkurrenzkampf auf einem „offenen Markt“ höchst erfahren sind. Unter diesen Umständen wird die Sechsergruppe, wenigstens in der ersten Zeit, imstande sein, ihren Export nach Großbritannien weit mehr zu steigern, als England seine Ausfuhr in die EWG-Länder vergrößern könnte. Folglich wird sich der Saldo der Handels- und Zahlungsbilanz Englands noch mehr verschlechtern. Wenn Englands Zahlungspositionen nicht zuvor geregelt werden, kann sein Eintritt in die EWG automatisch zu einem neuen Emporschwellen der britischen Auslandschulden und zur weiteren Verminderung des britischen Goldvorrats führen.

Darum bemühte sich die Regierung, was die Wirtschaftspolitik angeht, in den letzten drei Jahren hauptsächlich um die Verringerung ihrer Auslandsverschuldung. Um den Abstand zwischen Ein- und Ausfuhr zu überbrücken, arbeitete die Regierung auf eine Herabsetzung des Inlandskonsums hin. Daher der Lohnstopp, die Importdrosselung und die Förderung der Exportbetriebe. Es

war auch vorgesehen, die Ausfuhr von Privatkapital aus England einzuschränken und die Regierungsaufwendungen in fremder Währung zu vermindern. Viele von diesen Maßnahmen, die anfangs einen freiwilligen Charakter trugen, wurden im Juli 1966 zum Gesetz erhoben.

Auf diese Weise, vor allem durch Senkung des Lebensniveaus der Werktätigen, konnte das Defizit der Zahlungsbilanz von 776 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1964 auf 342 Millionen im Jahre 1965 und auf 175 Millionen im folgenden Jahr herabgesetzt werden. In diesem Jahr hatte die Regierung geglaubt, dem Defizit überhaupt ein Ende machen zu können. Und eben in dieser Hoffnung brachte London im Mai 1967 die Frage seines Eintritts in die EWG offiziell zur Sprache.

Die Formel der Sechsergruppe

Die EWG-Länder hatten es aber nicht eilig, England Tür und Tor zu öffnen. Sie wußten vorzüglich, welchen Preis es zu erlegen hatte, um seine Zahlungsbilanz auch nur zum Teil zu stabilisieren. Die Deflationsmaßnahmen der Regierung verminderen die Zuwachsrate der industriellen Produktion. Belief diese sich 1964 auf 7,7 Prozent, so im folgenden Jahr auf 2,8 Prozent und 1966 nur auf 0,9 Prozent. Dieses Jahr stagnierte sie überhaupt. In der zweiten Hälfte 1966 begann die Arbeitslosenzahl rasch zu wachsen; im November 1967 erreichte sie über 600 000.

Die Produktion kann nicht lange zum Stagnieren gezwungen werden, da dies mit vielen Gefahren nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch sozialpolitischer Natur verbunden ist. Zudem muß die Stagnation in letzter Instanz die Zahlungsbilanz selbst verschlechtern, z. B. dadurch, daß sie zu einem verstärkten Export des privaten Kapitals anregt, das im Ausland investiert wird, was das Vertrauen zur Landeswährung untergräßt.

Es war klar, daß die im Frühjahr 1967 erzielte Verbesserung der Zahlungsbilanz höchst fragil war und nicht von Dauer sein konnte. Ebendarum suchte die Regierung Wilson, den Augenblick zu nutzen. Wäre es England gelungen, zu diesem Zeitpunkt in die EWG zu schlüpfen, so hätte es, den Bestimmungen des Vertragswerks von Rom zufolge, darauf rechnen können, daß ihm im weiteren geholfen werden würde. Diese Hilfe hätten die anderen EWG-Länder zu erweisen, eine Aussicht, von der sie keineswegs erbaut waren. In den EWG-Ländern wurden wiederholt Befürchtungen ausgesprochen, die Aufnahme Großbritanniens könnte ihnen die Kosten der Sanierung seiner kranken Wirtschaft aufhalsen.

Besonders klar sprach dies im Mai

d. J. Frankreich aus. Seine Vertreter stellten namentlich fest, eine chronische Labilität der Währung sei unvereinbar mit dem Grundsatz des freien Warenaustauschs auf einem gemeinsamen Markt. Gewiß, sagte man in Paris, die EWG hilft einem Mitglied, wenn seine Währung schwankt. Das ist aber nur möglich, weil die Mark und die Lira, der belgische und auch der französische Frank im allgemeinen stabil sind. Hingegen besteht keine Gewißheit, daß auch das Pfund Sterling stabil sein wird, ist es doch durch seine Rolle als internationale „Leitwährung“ belastet, wobei viele Länder, namentlich Commonwealth-Mitglieder, gewaltige unbezahlte Sterling-Rechnungen haben.

Paris erobt England gegenüber drei genau umrissene Forderungen auf dem Gebiet der Valuta und der Finanzen: das Zahlungsdefizit zu beseitigen, den Kurs des Pfunds Sterling seiner echten Parität anzupassen, d. h. es abzuwerten, und seinem gefährlichen Status als internationale Leitwährung ein Ende zu machen.

Diese Bedingungen stellen im Grunde genommen auch die Geschäftskreise anderer EWG-Länder, allerdings mit einigen Vorbehalten. Ihren gemeinsamen Standpunkt brachte die Kommission der Europäischen Gemeinschaften (der EWG, der Europäischen Montanunion und des Euratom) zum Ausdruck. In ihrem Memorandum vom 29. September d. J. ließ sie durchblicken, daß England das Pfund abwerten und auf dessen Vorrechte als internationale Leitwährung verzichten müsse. Und obwohl Bonn, Rom und der Haag äußerlich mit Nachdruck für die Gewährung der englischen Bitte um Aufnahme in die EWG eintreten, stimmten Frankreichs Partner jedesmal ohne weiteres den Pariser Vorschlägen zu, die Verhandlungen mit London zu vertagen.

In den letzten sechs Monaten wurde die Entscheidung dieser Frage immer wieder hinausgeschoben. Zum letzten Mal hatte man den 20. November 1967 als Termin für sie festgesetzt. Aber zwei Tage zuvor geschah das, wogegen London sich so hartnäckig gesträubt und was Paris mit solcher Härte von ihm verlangt hatte: die Abwertung des Pfunds. Ihr folgten die Abwertung in mehreren anderen Ländern und der Goldrausch im Westen. Unter diesen Umständen konnte über die Aufnahme der Verhandlungen mit England natürlich wieder nicht entschieden werden. Sie wurden aufs neue vertagt.

Ist das Eintrittsgeld bezahlt?

Von den Anhängern der Aufnahme Englands glauben manche, diesmal werde eine positive Antwort erfolgen, denn England habe das Entree in die EWG ja bereits bezahlt. Das Hauptquartier der

westdeutschen Monopole, der Bundesverband der deutschen Industrie, erklärt z. B., es bestehe jetzt kein Anlaß mehr, den Beginn von Beitrittsverhandlungen noch länger zu verzögern. Dieser Optimismus wirkt jedoch unbegründet. Vor allem garantiert die Abwertung noch keine Pfund-Stabilität. Währungsexperten zufolge hätte der Kurs der britischen Währung mindestens doppelt so stark gesunken werden müssen. Hingegen kommt, daß sie einer „Stabilitätsstützung“ durch Auslandsanleihen in der Höhe von etwa 3 Milliarden Dollar bedarf. Werden diese aufgenommen, so müssen sich Englands Auslandsschulden wiederum stark vergrößern, was seine Zahlungsbilanz auf lange Zeit hinaus belasten muß. So ergibt sich ein verwunschener Kreis, der nur durch eine grundlegende Sanierung der Wirtschaft zu beseitigen ist.

Zudem ist die Abwertung ja nur eine der drei finanziellen Bedingungen, die Frankreich gestellt hat. Die Lösung der beiden anderen steht noch aus. Daran erinnerte de Gaulle erneut am 27. November, als er hervorhob, daß „der Gemeinsame Markt unvereinbar ist mit der heutigen Wirtschaft Englands, deren chronisches Zahlungsdefizit auf ihre ständige Unausgeglichenheit hinweist“. Er ist auch unvereinbar mit der internationalen Stellung des Pfunds als Leitwährung und mit den damit zusammenhängenden äußeren Verbindlichkeiten Englands.

Man darf auch nicht vergessen, daß neben den finanziellen zahlreiche andere Probleme trennend zwischen Großbritannien und dem Gemeinsamen Markt stehen. Erstens sind das die komplizierten Agrarprobleme. Das in England wirksame System von staatlichen Subventionen für die nichtkonkurrenzfähige Agrarproduktion, das britische Preisgefüge und die Orientierung auf die Einfuhr billiger Erzeugnisse aus den Commonwealth-Ländern entsprechen weder dem Vertragswerk von Rom noch der gesamten Praxis der Agrarintegration in den EWG-Ländern. De Gaulle stellte auf seiner letzten Pressekonferenz fest: „London wird sich niemals tatsächlich mit den Spielregeln“ des Gemeinsamen Marktes „abfinden können, denn das würde eine untragbare Belastung für das Land sein.“

Zweitens könnte England jetzt auch dem gemeinsamen Kapitalmarkt nicht beitreten. Die in England eingeführten und nach der Abwertung verstärkten Kapitalausfuhrrestriktionen widersprechen dem System der relativ freien Kapitalbewegung im EWG-Gebiet.

Drittens ist England nach wie vor durch „besondere Beziehungen“ mit den USA verbunden. Eine Macht mit so schwerem Gepäck könnte nur in die EWG aufgenommen werden, wenn diese ihre Politik und ihre Zielsetzungen beträchtlich verändert würden.

Alle diese Faktoren erklären das nachdrückliche Nein Frankreichs an die Anhänger unverzüglicher Verhandlungen über die Aufnahme Englands und einer Reihe anderer Länder in die EWG. Der französische Präsident hat vorgeslagen, anstatt dessen nach anderen Formen zu suchen, durch die „der Handelsverkehr zwischen den Kontinentalmächten einerseits und den Engländern, den Skandinavieren und den Iren andererseits gefördert werden könnte“. Als eventuelle Form ist eine „Assozierung“ der genannten Länder mit der EWG vorgeschlagen worden. Obwohl Frankreichs Partner offiziell noch einmal erklärt haben, grundsätzlich seien sie für Verhandlungen über eine Vollmitgliedschaft Englands in der EWG, ist klar, daß in der jetzigen Etappe hinter diesen Erklärungen nicht viel steckt. Heute ist die Lage in der EWG und in der ganzen Welt so, daß sich niemand um Englands Willen auf einen Konflikt mit Paris, auf eine neue Krise im „Europa der Truste“, einlassen wird.

England hat also einen hohen Preis gezahlt, um dem unaufhaltsamen Bestreben seiner Monopole, „Europäer“ zu werden, Vorschub zu leisten, ist aber diesem Ziel keineswegs näher gekommen. Der Held eines Märchens aus Tausendundeiner Nacht brauchte nur „Sesam, öffne dich!“ zu sagen, damit sich die bewußte Tür vor ihm auftat. Aber die Wirklichkeit ist kein Märchen. Als der britische Premier das verhängnisvolle Wort „Abwertung“ aussprach, blieb ihm die Zauberwirkung versagt, und die Tür des Gemeinsamen Marktes ist nach wie vor geschlossen.

Das versteht man offenbar auch jenseits des Ärmelkanals. Während das offizielle London sich weiterhin um den Status eines Vollmitglieds bemüht,

wie auch außerhalb Europas finden ließe“.

Mit anderen Worten, die Führung der britischen Monopole nimmt die neuen französischen Bedingungen grundsätzlich an. Das kann auch bedeuten, daß man nach Übergangsformen oder nach Umwegen sucht, die England auf den Gemeinsamen Markt führen könnten. Jedenfalls ist die Assoziierungsfrage Gegenstand von Verhandlungen gewesen, die Anfang Dezember in London von Jean Rey, dem Vorsitzenden der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, mit Vertretern mehrerer EWG-Länder geführt wurden.

Die Ergebnisse dieser Verhandlungen sind noch nicht bekannt. Unabhängig von ihrem Ausgang steht noch ein langer und hartnäckiger Kuhhandel vor den Toren des Gemeinsamen Marktes bevor. Wird es zu einem Kompromiß kommen? Einstweilen kann man lediglich sagen: Unter welchen Bedingungen England dem Europa der Truste auch beitreten mag, wird weder das englische Volk noch die werktätige Bevölkerung der anderen europäischen Länder etwas von diesem Beitritt haben.

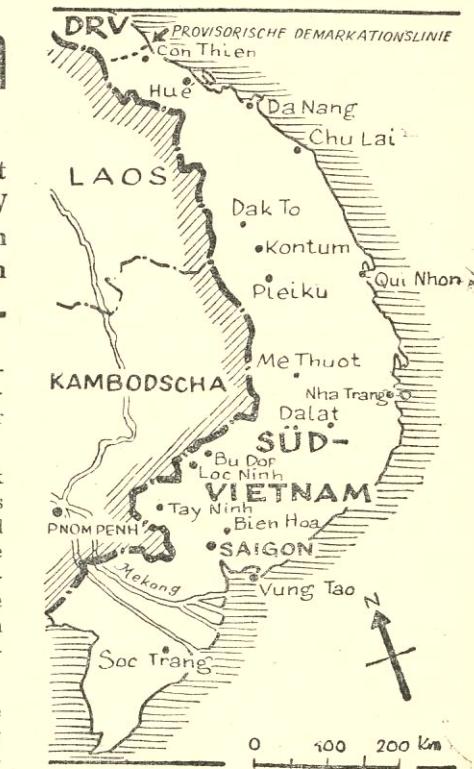
Washingtons Wunschedenken

Oberstleutnant Alexej LEONTJEW über die Kriegshandlungen in Südvietnam

To-Schlucht umzingelt waren. Das Trommelfeuер der südvietnamesischen Freiheitsarmee hatte die Schlucht zu einer Hölle gemacht.

Die Höhe 875, die das Städtchen Dak To beherrscht, ist in die Geschichte des Vietnamkriegs eingegangen. Während der fünf Novembertage, in denen diese Höhe von nur 2 Kompanien der Befreiungsarmee verteidigt wurde, waren die wohl hartnäckigsten und blutigsten Kämpfe seit Beginn der USA-Intervention in Vietnam zu verzeichnen.

Am 19. November wurde die Höhe 875 von 3 Kompanien amerikanischer Fallschirmjäger angegriffen. Viele Tonnen Bomben wurden auf den Gipfel des Berges abgeworfen. Er wurde unter Artilleriebeschluß genommen. Darauf griffen die Fallschirmjäger die Höhe wiederholte an. Aber alles war vergeblich. Gegen Ende des Tages sahen sie sich selbst umzingelt.



Am nächsten Tag setzte das US-Kommando ein weiteres Bataillon ein. Seine Soldaten kämpften sich zu den Fallschirmjägern durch und gerieten gleichfalls in den Kessel. Flugzeuge der Interventen ließen einen Napalmregen auf

die Höhe niedergehen. Die Amerikaner, berichtete ein UPI-Korrespondent, suchten wieder vorzurücken, „wichen aber jedesmal vor den erbitterten Gegenangriffen zurück“. Versuche der amerikanischen Luftwaffe, den Umzingelten Munition und Proviant zuzustellen und die Verwundeten abzutransportieren, mißglückten. Zehn Hubschrauber wurden beschädigt. Nur einem gelang es, zu landen und fünf von vielen Dutzend schwerverwundeten Amerikanern auszufliegen.

Der fünftägige Angriff auf die Höhe 875 ist die Interventen teuer zu stehen gekommen. „Ein 200 Meter breiter Bodenstreifen ist mit Leichen von Amerikanern bedeckt“, berichtet der UPI-Korrespondent. Von den 16 Offizieren des Fallschirmbataillons, das am 19. November als erstes zum Angriff eingesetzt wurde, sind 8 tot und 8 verwundet. Insgesamt sind bei den Kämpfen um die Höhe nach Angaben des amerikanischen Kommandos 136 Interventen gefallen und 178 verwundet worden. Ein höherer US-Offizier sagte einem Korrespondenten der Associated Press:

„Alle Achtung vor dem Gegner. Es ist klar, daß seine Moral und seine Männlichkeit vorzüglich sind. Er hält seine Stellungen beharrlich.“

Nach amerikanischen Angaben haben die Interventen im Raum Dak To bis Ende November 278 Mann an Toten und über 1000 an Verwundeten verloren. Die Kämpfe in diesem Raum gehen weiter. Täglich gehen Hunderte von Minen und Granaten auf die Stellungen und Stützpunkte der Interventen nieder. Natürlich sind auch die Verluste der Befreiungsarmee in diesen Kämpfen nicht gering.

Anfang Dezember wurde der Befehlshaber der US-Truppen im Raum Dak To, Generalmajor William Peers, seines Postens enthoben und zum Militärberater des Stabes der Saigener Marionettentruppen im Mekong-Delta ernannt. Auf seinem neuen Posten hat der bei Dak To geschlagene General aber kaum größeren Erfolg zu erwarten.

In den letzten Monaten haben die Befreiungsarmee und die Partisanen von Südvietnam ihre Aktionen beträchtlich verstärkt. Sie haben die Initiative in der Hand. Die Interventen wissen nie, wo und wann sie der nächste Schlag ereilt.

Schon seit zwei Wochen werden die Stellungen der US-Interventen und der Saigener Marionettentruppen im befestigten Raum Bu Dop, 135 km nördlich von Saigon, ununterbrochen angegriffen. In diesen Kämpfen wurde ein Bataillon der 1. amerikanischen Infanteriedivision zusammen mit 5 Kompanien der Saigener Truppen aufgerissen. Dabei wurden amerikanische Artilleriestel-

lungen, viele Schützenpanzerwagen und andere Militärtechnik vernichtet.

Nach fast zweimonatiger Pause sind die schweren Kämpfe bei dem befestigten Ort Con Thien wieder aufgeflammt. In diesen Raum südlich der entmilitarisierten Zone mußte General Westmoreland Verstärkung schicken. Die Befreiungsarmee hält Con Thien wieder unter Artillerie- und Granatwerferbeschluß. Am 7. Dezember berichtete Associated Press, die Befreiungstruppen hätten den stärksten Feuerüberfall der letzten zwei Monate auf einen Stützpunkt bei Con Thien unternommen und Stellungen der amerikanischen Marineinfanterie angegriffen.

Kriegshandlungen sind nach wie vor an der Ostküste Südvietnams, im Mekong-Delta und bei Saigon selbst im Gange. In einem Kampf, der dieser Tage 75 km südlich von Saigon entbrannte, wurden 149 amerikanische Soldaten getötet oder verwundet. Derartige Kämpfe sind täglich und ständig im Gange! Die Interventen müssen jeden Schritt, den sie auf vietnamesischem Boden tun, mit Blut bezahlen.

Wie man sieht, entwickeln sich die Kriegshandlungen in Südvietnam heute keineswegs zugunsten der Vereinigten Staaten. Die US-Generale, die mit frohlockenden Meldungen über die Kampfhandlungen aufwarten, müssen blind sein, wenn sie das Weiße Haus und die amerikanische Öffentlichkeit nicht absichtlich irreführen. Der Krieg ist unverkennbar in die Sackgasse geraten. „Diesen Krieg kann man nicht gewinnen“, schrieb der bekannte Kommentator

Walter Lippmann am 2. Dezember in der *New York Post*. Aber offenbar wollen das Weiße Haus, das State Department und das Pentagon die Dinge eben nicht sehen, wie sie sind. Sie glauben immer noch, einen Ausweg in der Erweiterung der Aggression gegen das Volk von Süd- und Nordvietnam finden zu können.

Anfang Dezember flog das Pentagon weitere 10 000 Soldaten (zwei neue Brigaden der 101. Luftlandedivision) nach Südvietnam. Außerdem entsandte es den schweren Kreuzer „Newport News“ zur entmilitarisierten Zone. Dieser beschließt bereits DRV-Gebiet.

Die Washingtoner „Habichte“ suchen die USA zur weiteren Escalation zu veranlassen. Sie bestehen darauf, daß Landtruppen der USA in Nordvietnam und in Kambodscha einfallen und daß weitere 100 000 amerikanische Soldaten nach Südvietnam geschickt werden. Sie fordern ferner, daß der Hafen Haiphong blockiert und der Bombenabwurf auf Hanoi und andere Städte der DRV verstärkt würde.

Die kriegslüsternen amerikanischen Politiker und Generale sollten nicht vergessen, womit ihre früheren Eskalationsanstrengungen endeten. Im Grunde genommen sind alle Versuche der USA, einen Umschwung im Krieg herbeizuführen, gescheitert. Auch die Terrorangriffe auf Vietnam haben den Interventen nicht geholfen. Wie der Stab der Luftstreitkräfte der USA angibt, sind auf Nord- und Südvietnam schon 1 630 000 t Bomben abgeworfen worden, so daß auf jeden Vietnamesen beliebigen Alters 50 kg Sprengstoff entfallen und auf jede Quadratmeile vietnamesischen Bodens 12 t Bomben gefallen sind. Aber selbst diese ungeheuerlichen Bestialitäten haben den Willen des vietnamesischen Volkes nicht brechen können. Es verteidigt weiterhin tapfer seine Freiheit und Unabhängigkeit.

Wie die Interventen selbst angeben — und ihre Zahlen sind bestimmt zu niedrig gegriffen —, haben sie während des Vietnamkriegs fast 3000 Flugzeuge und Hubschrauber verloren, und die Zahl ihrer Toten und Verwundeten macht fast 120 000 aus. Wenn die USA die Escalation fortsetzen, werden ihre Verluste zweifellos stark wachsen. Der amerikanische *Christian Science Monitor* schrieb am 4. Dezember mit Recht: „Die Escalation des Vietnamkriegs erinnerte stets an eine Straße mit Gegenverkehr...“ Jede Misserfolg des Aggressors wurde von Vietnam und seinen Freunden mit Gegenschlägen beantwortet.

Eine weitere Escalation der amerikanischen Aggression wird die internationale Lage ohne Zweifel noch mehr verschärfen. Aber sie wird dem Aggressor nicht zum Sieg verhelfen.

Robert McNamara und

Generalmajor der Flieger a. D.
Boris TEPLINSKI

der Kriegsmoloch

planung und der materiell-technischen Versorgung. Früher suchten die Streitmachtteile einander in den Bewilligungen den Rang abzulaufen. Jeder von ihnen erhielt alljährlich einen bestimmten Teil der Budgetmittel, über den er vollständig verfügte. Die Folge war Mehrgleisigkeit und Wirrwarr in allem, was die verschiedenen Arten von Waffen, Technik und Material betraf, häufig auch eine skandalöse Verschleuderung der bewilligten Mittel. Jeder Streitmachtteil bevorzugte bestimmte Monopole, die aufs engste mit seinen führenden Generalen liiert waren, und von diesen Generalen erhielten die betreffenden Monopole besonders profitable Aufträge, so daß ihre Gewinne ins Maßlose stiegen.

McNamara führte im Pentagon eine zentralisierte Rüstungs- und Finanzplanung ein, ebenso die Unterbringung von Aufträgen an die Industrie auf langfristiger Grundlage. Der Rüstungshaushalt erhielt eine neue Struktur: Mit der alten Tradition wurde gebrochen, und die Mittel wurden nicht mehr für das Heer, die Flotte und die Luftwaffe gesondert bewilligt, sondern für große operativ-strategische Komplexe, die ihrer funktionellen Bestimmung nach ein Ganzes bilden.

Als Hauptkomplexe gelten die strategischen Stoßkräfte, die Luft- und Raketenabwehr sowie die Kräfte für allgemeine Zwecke, zu denen Heer, Marineinfanterie, die taktische Luftwaffe und die Kriegsmarine (mit Ausnahme atomarer Polaris-U-Boote) gerechnet werden. Die Kräfte für allgemeine Zwecke waren eigens für die Führung „begrenzter“ Kriege bestimmt, für sie wurden bedeutende finanzielle Mittel bereitgestellt. Hatten diese Kräfte im Finanzjahr 1961/62 17,5 Md. Dollar, die strategischen Stoßkräfte aber 9 Md. Dollar erhalten, so betrugen diese Summen im Jahre 1966/67 34,3 bzw. 7,1 Md. Dollar.

Das neu zentralisierte System der Finanzierung und der Auftragserteilung an die Industrie traf die Militärhierarchie an ihrer empfindlichsten Stelle: den Finanzen. Zugleich erweckte es den Unwillen der mächtigen Gesellschaften für den Flugzeugbau. Daher die ursprünglichen Differenzen zwischen McNamara und den höchsten Generalen.

Auch machte sich McNamara bei den „Alteingesessenen“ des Pentagons dadurch mißliebig, daß er zahlreiche Zivilisten — Universitätsprofessoren, Ökonomen, Finanzfachleute, Soziologen

Griechische Themis



Sh. Jantschew, Strshel, Sofia

gen und sogar Psychologen – zur Arbeit im Kriegsministerium heranzog. Diese Invasion von Nichtmilitärs im Allerheiligsten des amerikanischen Militärklüngels, im Pentagon, erklärte sich mit McNamaras Wunsch, die Relation Kosten – Effektivität zur Grundlage aller strategischen Berechnungen wie auch der Rüstungsprogramme zu machen. Dazu war es notwendig, die modernen Programmierungs- und Modellmethoden anzuwenden, da sonst keine Computer-Berechnungen ausgeführt werden konnten.

Der gewaltige Umfang und die Komplizität der modernen Waffensysteme und der gesamten Logistik erforderten die Heranziehung hochqualifizierter Fachleute, von denen die meisten Zivilisten sind. Die Unzufriedenheit der Militärs erreichte ihren Höhepunkt, als McNamaras Fachleute fast 600 Punkte verschiedener Programme verworfen, die die Militärs vorgeslagen hatten und deren Gesamtkosten sich auf fast 13 Md. Dollar belaufen sollten.

Hinzu kam der Eklat mit dem Flugzeug TFX, das später in F-111 umbenannt wurde. Für den Bau dieses Flugzeugs mit veränderlicher Tragflächengeometrie sollten ursprünglich nicht weniger als 6,5 Md. Dollar bereitgestellt werden. Sofort begann ein überaus heftiger Konkurrenzkampf unter den größten Flugzeugmonopolen. Im Gegensatz zu den Empfehlungen der sieben ranghöchsten Militärs der USA, unter ihnen des Stabschefs der Luftstreitkräfte und seines Kollegen von der Marine, erklärte McNamara 1963 im Senat, den Auftrag erhalte der Konzern General Dynamics, obwohl Boeing diesen Konkurrenten preismäßig unterboten hatte. Noch größer war der Skandal, als sich 1966 herausstellte, daß eine F-111 nicht 2,6 Mill. Dollar kosten würde, wie McNamara früher angegeben hatte, sondern 6 Mill., wenn nicht gar 9 oder 10 Mill. Dollar.

Eine besonders schwere Belastung für McNamaras Karriere wurde der Vietnamkrieg.

Der verstorbene Präsident Kennedy hatte klar erkannt, daß „der Einsatz fremder Truppen gegen eine innere Widerstandsbewegung bestimmt keine ideale Art ist, eine solche Bewegung zu behandeln“. Darum, hatte er erklärt, brauche man, um den Partisanen beikommen zu können, eine „feste Basis“ im Innern des betreffenden Landes. Dennoch war McNamara anfangs der Meinung gewesen, ein paar Hundert „Berater“, den Saigoner Truppen beigegeben, und ein bis zwei Gruppen von „Sondertruppen“, die im „Antiguerrillakrieg“ ausgebildet wären, könnten der Partisanenbewegung Herr werden. Während seiner ersten drei Vietnamreisen (1962 und 1963) hatte McNamara zuversichtlich erklärt, die Dinge entwickelten sich zufriedenstellend und der Sieg über

den Vietkong sei 1965 zu erwarten. Aber nach seiner fünften Vietnamreise, im Juli 1965, mußte McNamara zugeben: „In vieler Hinsicht hat sich die Lage hier seit meinem letzten Besuch vor 15 Monaten verschlechtert.“ Auf McNamaras Rat beschloß Johnson, die US-Truppen in Vietnam zu verstärken. Während der Krieg im Süden eskalierte wurde, nahm der Luftkrieg gegen Nordvietnam einen immer verheerenderen und unmenschlicheren Charakter an.

Die Eskalation nahm kein Ende, und doch beschwerten sich die Generale über zu geringe Handlungsfreiheit. Luftwaffenstabschef General John McConnell erklärte im Jahre 1966 mit großem Aplomb, die Luftwaffe könne „dem Krieg in Nordvietnam binnen zwei oder drei Wochen ein Ende machen, wenn sie nur Erlaubnis erhielte, einen mächtigen strategischen Luftfeldzug zu unternehmen“.

Vom Komitee der Stabschefs unter Druck gesetzt, mißachtete Johnson immer häufiger McNamaras Empfehlungen. So hob er namentlich die Sperrzonen, die für den Raum um Hanoi und Haiphong festgesetzt waren, auf. Die Militärs nannten diesen Prozeß schrittweiser Zugeständnisse spöttisch die „kriechende Eskalation“.

Die Lage spitzte sich im August d. J. zu, als sich in einer Sitzung des Senatsunterausschusses für die Fragen der militärischen Bereitschaft herausstellte, daß zwischen dem Komitee der Stabschefs und McNamara unversöhnliche Gegensätze bestanden. General McConnell behauptete, der Luftkrieg gegen die DRV müsse intensiviert werden, sonst wäre der zusätzliche Einsatz von 800 000 oder mehr US-Soldaten unerlässlich und der Krieg würde noch weitere 75 Md. Dollar kosten. McNamara erhob Einspruch gegen eine Erweiterung der Liste der Bombenziele, wobei er sagte, er halte es nicht für bewiesen, daß eine solche Ausweitung „die Entschlossenheit der Führer Nordvietnams ändern oder sie der Unterstützung des nordvietnamesischen Volkes berauben könne“. Völlig eindeutig fügte er hinzu: „Den Meldungen, die ich gesehen habe, ist zu entnehmen, daß den Unternehmen des Gegners im Süden durch Luftangriffe nicht Einhalt geboten werden kann, ausgenommen natürlich den Fall, daß Nordvietnam und sein Volk tatsächlich vernichtet werden.“

Zweifellos waren solche Erklärungen des Verteidigungsministers den herrschenden Kreisen der USA etwas zu offenherzig. Am 13. November begann im Weißen Hause eine Serie von Beratungen mit den militärischen Spitzen. Es wurde beschlossen, die Bombenangriffe auf Nordvietnam zu verstärken und die Zahl der US-Soldaten in Südvietnam „möglichst bald“ von 480 000 auf 525 000 zu bringen.

Nach diesen Beratungen kamen Gerüchte über McNamaras Rücktritt auf, und am 29. No-

vember nahm er den ihm angebotenen Posten des Präsidenten der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung an.

Die näheren Umstände des Rücktritts von McNamara vermitteln eine Vorstellung von der Tiefe des überaus gefährlichen Prozesses der „Automatisierung“, von dem die Kriegspolitik der USA heute erfaßt ist.

Dieser Prozeß beruht auf dem unaufhörlichen Wachsen der Rüstungsausgaben, auf der Verstärkung der Aggressionsvorbereitungen. Seit Kriegsende haben die USA, das Finanzjahr 1967/68 einschließlich, für militärische Zwecke fast 980 828 000 000 Dollar ausgegeben, davon 462 857 000 000 (fast 47,2 Prozent) in der Amtszeit McNamaras. Unter ihm sank der Rüstungshaushalt nie unter 50 Md. Dollar. Von 1960/61 an wurden die Streitkräfte der USA von 2 482 000 auf 3 454 000 Mann gebracht, also fast um 1 Million Mann vergrößert, hauptsächlich zugunsten des Heeres, das um 662 000 Mann verstärkt wurde. Die Zahl der einsatzfähigen Heeresdivisionen wurde von 11 auf 16 gebracht.

Pressemeldungen zufolge ist das Megatonnenäquivalent der Kernwaffen der in ständiger Einsatzbereitschaft befindlichen strategischen Kräfte in diesen Jahren auf 160 Prozent gestiegen. Das Programm, das den Bau von 41 atomar angetriebenen U-Booten vorsah, ist erfüllt. Jedes von ihnen hat 16 Polarisraketen an Bord. Die Zahl der strategischen Raketen, die aus unterirdischen Stollen aufgelassen werden können, wird auf 1000 gebracht. Somit haben alle Maßnahmen McNamaras zur Vergroßerung, Verstärkung und größtmöglichen technischen Modernisierung der Streitkräfte die Vereinigten Staaten endgültig zu einem regelrechten Kriegstaat gemacht.

McNamara ist nicht die „Taube“, als die ihn einige ausländische Presseorgane hinstellen. Er war der eifrigste und treueste Diener des Militär- und Industriekomplexes; in seiner Person äußerte sich das immer stärkere Zusammenwachsen dieses Komplexes mit dem Staatsapparat. Unter ihm nahm die Militarisierung der Wirtschaft einen solchen Umfang an, daß ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung nunmehr an ihr materiell interessiert ist; unter ihm wurde der Wissenschaft, namentlich der Forschung, eine sie verunstaltende Richtung gegeben. McNamara verlieh der Kriegsmaschine der Vereinigten Staaten ein ungeheures Ausmaß; er hat für die Vorbereitung eines neuen Krieges mehr ausgegeben, als die Vereinigten Staaten während des ganzen zweiten Weltkrieges verausgabten. Aber nicht nur mit großen organisatorischen Fähigkeiten begabt, sondern auch zur Analyse neigend, erkannte er allmählich, daß die Kriegsmaschinerie, die er mit solchem Eifer aufgebaut hat, sich nach und nach jeder Kontrolle entzieht.

Der Vietnamkrieg hat gezeigt, daß Computer-

Lösungen von militär-technischen Fragen und die Ausarbeitung unzähliger strategischer Varianten noch nicht alles ist. Es hat sich herausgestellt, daß der nationale Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes nicht etwa aus Aktio nen isolierter Partisanenabteilungen besteht, sondern daß er eine mächtige Bewegung eines Volkes ist, das sich für seine Unabhängigkeit und für sein Recht einsetzt, sein Land selbst zu verwalten. Außerdem müssen die vielen Besonderheiten eines umfangreichen Kriegsschauplatzes mit undurchdringlichen Dschungeln, Sümpfen, Bergen, Reisfeldern und Mangrovendickicht in Betracht gezogen werden. Berücksichtigt man ferner, daß hier an ein Vorwärtskommen ohne Straßen nicht zu denken und daß der Gegner ungreifbar ist, so ergibt sich ein System, so kompliziert, daß ihm weder mit Programmierung noch mit Modellen beizukommen ist.

Die gegenwärtige Situation läßt selbst einige amerikanische Politiker zu dem Schluß kommen, daß die Lösung nicht herbeizuführen ist durch ständige Vergrößerung der Zahl der Soldaten, Flugzeuge, Geschütze, Panzer und sonstigen technischen Mittel. Der Krieg kostet so viel Menschen und Material, daß er durch nichts gerechtfertigt werden kann. Zu dieser Schlußfolgerung ist offenbar auch McNamara gekommen.

Die „Mäßigung“, die er in diesem Fall zeigt, ist unverkennbar nicht mit seiner Friedensliebe zu erklären, sondern mit seiner Einsicht, daß die amerikanische Kriegsmaschine, immer schneller rotierend, die USA und mit ihnen die ganze Welt in den nuklearen Abgrund zerren kann. Und als all dies zu einem direkten Konflikt zwischen McNamara und dem Komitee der Stabschefs führte, entzog Johnson seinem Minister die Unterstützung. Ein Jahr vor den Wahlen kann er es sich nicht leisten, es auf einen Kampf mit dem Komitee der Stabschefs ankommen zu lassen, das die mächtigsten und reaktionärsten Kreise des Militär- und Industriekomplexes repräsentiert. Daher Johnsons Beschuß, McNamara in die Wüste zu schicken, ein Beschuß, mit dem die ärgsten Reaktionäre hochzufrieden sind. Barry Goldwater hat nicht von ungefähr erklärt, er freue sich sehr über McNamaras Rücktritt.

So ist es um die zahlreichen und höchst komplizierten Umstände bestellt, denen das Paradox entsprungen ist, daß der eifrigste Willensvollstrecker und Interessenvertreter der Rüstungs- und Finanzoligarchie dem Kriegsmoloch zum Opfer gefallen ist.

Die „McNamara-Krise“ ist in Wirklichkeit eine Krise der Kriegspolitik der Vereinigten Staaten. Der amerikanische Imperialismus geht den verhängnisvollen Weg der Aggression weiter. Wer immer an McNamaras Stelle tritt, wird selbstverständlich ein Exponent der reaktionärsten militaristischen Kreise sein. Das bedeutet weitere Eskalation des aussichtslosen Krieges und damit eine ungeheure Gefahr für den Weltfrieden.

Auch am Rhein kann das passieren

Einige junge Leute stellen auf den Martin-Platz in Bonn, gegen den eiskalten Wind kämpfend, Gestelle und Sperrholztafeln auf, an denen große Pappbögen mit Fotos befestigt werden. Das ist eine Wanderausstellung aus Protest gegen den April-Militärputsch in Griechenland. Die Bewohner der Bundeshauptstadt sind aber nicht das dankbarste Publikum für antifaschistische Demonstrationen. Aus der Menge werden die jungen Leute angepöbelt. Jemand brüllt sogar, es sei höchste Zeit, diese abscheuliche kommunistische Propaganda einzustellen. Die jungen Leute lassen sich aber nicht einschüchtern. Sie diskutieren, erläutern, erbringen Beweise.

Ich höre einen griechischen Studenten der Bonner Universität vorwurfsvoll einem ungläubigen deutschen Gesprächspartner sagen:

Das kann auch bei euch hier passieren. Jetzt streitet ihr euch über die Notstandsgesetze, ob sie gut oder schlecht seien. Griechenland hat euch gezeigt, wie eine Notstandsgesetzgebung in praxi aussieht. Eines schönen Tages könnt ihr alle demokratischen Freiheiten verlieren. Das hat es ja hier schon mal gegeben.

Nun, nur ein geringer Teil der Westdeutschen zieht jetzt Vergleiche zwischen der Lage in der Bundesrepublik und Griechenland, zwischen der Bundesrepublik und „dem dritten Reich“.

„Bei uns ist so etwas ausgeschlossen“, erklären die Hüter der amtlichen Weisheit im Brusston der Überzeugung. Diese kategorische Behauptung wird vom Bundesbürger wiederholt, wenn er es sich abends in seiner neuen Wohnung (Anbaumöbel WK, hochmoderne Dessins) in seinem bequemen Sessel (letzter Schrei: hohe Lehne, extra Fußstütze) vor dem Fernsehgerät (neues Modell, größter Bildschirm) bequem macht, um sich wieder einmal die Sendung „Politik aus erster Hand“ (MdBs beantworten heikle Fragen) zu Gemüte zu führen.

Was für eine Bewandtnis hat es damit? In der Bundesrepublik machen sich nur wenige ein klares Bild von dem ganzen System der Notstandsgesetzgebung. Dafür gibt es mehrere Ursachen. Vor allem die, daß die entsprechenden Gesetzentwürfe so verkapt sind, daß sie nur gewiegten Juristen etwas sagen. Der eigentliche Zweck der Gesetze wird auf jede Weise bemängelt. Schließlich hält die Regierung rund 40 Gesetzentwürfe geheim.

Im Getriebe

Im „Prozeß“ schildert Franz Kafka eine zunächst völlig unreal, ja mystisch anmutende Situation: Der Held des Ro-

4. Aufsatz (s. Nr. Nr. 41, 42 und 47)

Dennoch zeichnen sich die Umrisse dieser unerhörten Gesetzgebung bereits ab. Sie sehen so aus:

Die angenommenen Notstandsgesetze: die sogenannten einfachen, denn sie wurden 1965 vom Bundestag mit einfacher, nicht mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Die „einfachen Notstandsgesetze“ sind 7 an der Zahl. Vier von ihnen betreffen Wirtschaft, Verkehr, Ernährung und Wasserversorgung und räumen der Regierung weitgehende Befugnisse in diesen Bereichen ein. Es folgen ein Gesetz über die Aufstellung eines „Zivilschutzkorps“ (45 000 Mann, 4 Monate Ausbildung), das „Selbstschutzgesetz“ und das Gesetz „Über bauliche Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung“. In einer Charakteristik der „einfachen Gesetze“ erklärte die IG-Metall:

„Bereits nach diesen Gesetzen kann die Bundesregierung auch in Friedenszeiten Millionen Menschen in Zwangorganisationen erfassen, Eigentum und Leistungen aller Staatsbürger in Anspruch nehmen, ganze Industriezweige umschichten und die Freiheit der Arbeitnehmer einschränken...“

Die zur Zeit dem Bundestag vorliegenden Gesetzentwürfe sehen folgendes vor:

Die Einkasernierung der Arbeiter (Schaffung von Arbeiterlagern);

Verbot des freien Arbeitswechsels;

Einschränkung der Brieffreiheit, Einführung einer Post- und Telefonsenzur;

Einschränkung der Versammlungs- und der Streikfreiheit;

die Ermächtigung, die Bundeswehr bei politischen Streiks einzusetzen;

die Schaffung eines „Notstandsparlaments“.

Alle diese Maßnahmen setzen Verfassungsänderungen voraus. Zu diesem Zweck hat die Regierung entsprechende Anträge im Parlament eingereicht (12 neue Artikel einzuführen, 5 Artikel abzuändern und 2 abzukürzen).

Die sogenannten Schubladengesetzentwürfe. Sie wurden im Sommer 1966 durch Enthüllungen seitens der DDR rückbar. Zunächst wurde das von Bonn in Abrede gestellt, dann aber praktisch bejaht. Wie Bundesminister Lücke sich ausdrückte, seien diejenigen, die sie gesehen hätten, „etwas bleich“ geworden.

Die Schubladentwürfe sehen unumschränkte Ermächtigungen der Regierung fast in allen Bereichen vor, darunter die Befugnis, jedermann ohne weiteres für sein Vorleben zu verhaften, politische Organisationen aufzulösen, Rundfunksendungen gleichzuschalten usw.

Das sind die Umrisse der Notstandsgesetzgebung, die an Umfang das nazi-

stische Ermächtigungsgesetz von 1933 in den Schatten stellt. Seinerzeit war das Gesetz vom Reichstag angenommen worden. Wie wird sich nun der Bundestag verhalten?

Die Argumente des Abgeordneten Bazille

Dem Bundestagsabgeordneten Helmut Bazille liegt die Opposition sozusagen im Blut. Sein Vater, Dr. Wilhelm Bazille, war Reichstagsabgeordneter und berühmt für seine kritischen Anfragen bei der Regierung. Die Karikaturisten jener fernen Zeit stellten den lästigen Abgeordneten wiederholt als Bazillus dar.

Helmut Bazille wird aber kaum jemanden zur Karikatur anregen. Als Soldat der Wehrmacht wurde er schwer verwundet: Sein Gesicht ist verbrannt, und er hat einen Arm verloren. Als Abgeordneter der SPD gilt Bazille als Vertreter des linken Flügels. Eine Zeitlang war er gegen die Notstandsgesetze. Jetzt ist er für sie. Warum?

Gewiß, meint Helmut Bazille, mein Gegenüber, daß man im Ausland zu einer etwaigen Notstandsgesetzgebung mißtrauisch stehe, sei begreiflich, denn sie würde ja die demokratischen Rechte abschaffen.

Dafür gebe es aber gute Gründe. Erstens, wenn man die Paragraphen des sogenannten Deutschlandvertrags von 1954 betrachtet, der Westdeutschland die Souveränität gewährt habe, so ist dort im Falle eines „Notstandes“ vorgesehen, daß die drei Westmächte sämtliche Machtbefugnisse übernehmen. Ebendeshalb müsse man entsprechende deutsche Gesetze ausarbeiten, denn sonst würde ja die Souveränität der Bundesrepublik unvollständig sein. So lautete Bazilles Argument Nr. 1.

Nr. 2: Bazille schließt nicht aus, daß in Westdeutschland ein Putsch vom Schlag des griechischen möglich sei. Die Notstandsgesetzgebung sei gerade dazu berufen, die westdeutsche Demokratie vor einer Bedrohung von rechts her zu bewahren. Diesem Zweck diene das „Notstandsparlament“.

Ich hatte keine Ursache, diese Argumente stracks zurückzuweisen, denn sie stammten von einem Mann, der lange in Opposition zur Notstandsgesetzgebung stand. Ubrigens sind diese Argumente in Westdeutschland weit verbreitet.

Nun wollen wir uns mit Argument Nr. 1 auseinandersetzen. Im Vertrag von 1954 gibt es tatsächlich einen Paragraphen hinsichtlich der Rechte der Westmächte. Es fragt sich aber, warum ein einziger Vertragsparagraph durch eine ganze Reihe von Gesetzen ersetzt werden muß, die mit erschreckender Pedanterie sämtliche Machtbefugnisse

einer kleinen Gruppe von Vertretern der Exekutive überlassen sollen?

Man muß schon sagen, daß in der Bundesrepublik nicht alle mit den Hinweisen auf den Vertrag von 1954 einverstanden sind. So erklärte Staatssekretär Ernst Benda einmal freimütig im Rundfunk:

„Ich habe dies Argument immer für einen ganz großen Quatsch gehalten.“

In der Tat: Warum macht man sich in Bonn plötzlich solche Sorgen über eine „Einschränkung der Souveränität“? Hinzu kommt, daß nach Ansicht von Experten besagter Paragraph des Vertrags von 1954 nach Annahme der Notstandsgesetzgebung keineswegs außer Kraft gesetzt wäre.

Auch dem Argument Nr. 2 des MdBs Bazille kann man kaum zustimmen. Gewiß, das Streben, die Bundesrepublik vor der „Gefahr von rechts“ zu bewahren, ist lobenswert. Die vorgelegten Gesetze tragen aber dazu nicht das geringste bei. Ganz im Gegenteil! Sämtliche Machtbefugnisse bleiben in den Händen jener Rechten, und die Bundeswehr wird zum wichtigsten innenpolitischen Werkzeug.

Zugleich ist die Spitze der geplanten Maßnahmen gegen die Linke gerichtet. Wem kann man denn schon einreden, daß ein Verbot politischer Streiks und die Ermächtigung, wegen „Vorlebens“ ohne weiteres Verhaftungen vorzunehmen, Maßnahmen gegen die Rechte seien?

Nicht von ungefähr faßt der Philosoph Karl Jaspers den Sinn der Notstandsgesetze folgendermaßen zusammen:

„Das Volk und die Politik in den Händen des Militärs.“

Wir wollen aber den Bonner Ge setzgebern Gerechtigkeit widerfahren lassen: In ihrer Legislativität gibt es etwas, das publik gemacht wird: das „Notstandsparlament“, auch „gemeinsamer Ausschuß“ genannt.

„Notstandsparlament“

Nach Absicht der Notstandsgesetzgeber sollen, was wiederum höchst lobenswert ist, die demokratischen Regierungsformen selbst in kritischen Zeiten beibehalten werden. Da aber in solchen Zeiten kaum möglich sein würde, die fast 500 Bundestagsabgeordneten zusammenzutrommeln, hat man einen Ausweg gefunden: 22 Abgeordnete des Bundestags und 11 Mitglieder des Bundesrats nach Wahl sollen stets, Tag und Nacht, auf dem Posten sein. Auf ein Signal hin sollen sie sich unverzüglich in einem speziellen Atombunker bei Bonn einfinden und von dort die Staatsgeschäfte lenken.

Es fing damit an, daß eine kleine Gruppe von Juristen, fortschrittlichen Vertretern der westdeutschen Öffentlichkeit gegen die Vorbereitung der

tare ausgelöst. Die einen fragen, wer dem „gemeinsamen Ausschuß“ angehören wird. Die Antwort lautet: Das entscheidet der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit. Mit anderen Worten, die Leute im Bunker sollen nicht von den Wählern, sondern von den Fraktionen ermächtigt werden. Es kann ziemlich brenzlig werden, falls 1969 die Neofaschisten im Bundestag Einzug halten.

Ich frage Bazille:

„Und wenn bis dahin die NPD in den Bundestag kommt? Wird auch sie dann in den „gemeinsamen Ausschuß“ zugelassen?“

Bazille antwortete:

„Ich persönlich bin dagegen. Im Prinzip ist es aber natürlich nicht ausgeschlossen.“

Es liegt auf der Hand, daß die Schaffung dieses „gemeinsamen Ausschusses“ der Demokratie hohnsricht. Während der NATO-Herbstmanöver 1966 wurde der „gemeinsame Ausschuß“ auf die Probe gestellt. In 100 Arbeitsstunden führte er 18 Sitzungen durch und erließ 16 Gesetze und 29 Notverordnungen; im Grunde stempelte er einfach Bundesminister Lückes Gesetzentwürfe ab. Was aber Lücke antrug, waren (entgegen den Prognosen Helmut Bazilles) nicht Maßnahmen gegen eine „Gefahr von rechts“, sondern Polizeirepressalien gegen die Linke.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß der „gemeinsame Ausschuß“ schon in Friedenszeiten zu einer Handhabe politischer Diktatur werden kann. Rudolf Augstein verweist warnend darauf, daß der Ausschuß „den Bundestag schon vor dem Ernstfall ausschaltet“.

Der Prozeß geht weiter

Literarische Vergleiche sind verlockend, doch nicht immer erschöpfend. Die Gefahr, die dem Leben in der Bundesrepublik droht, gleicht der Gefahr, in der der Held von Kafkas „Prozeß“ schwiebt, allerdings mit einem Unterschied: Kafkas Held ist von Anfang an dem Untergang geweiht, denn der „Prozeß“ ist unaufhaltsam, in der Bundesrepublik jedoch ist der Sachverhalt vorläufig ein anderer.

Die Vorbereitung und Ausarbeitung der Notstandsgesetze gehören zu den traurigsten Kapiteln in der Geschichte der Bundesrepublik. Zugleich bieten sie die Möglichkeit, einige verborgene Prozeße der gesellschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland zu begreifen.

Es fing damit an, daß eine kleine Gruppe von Juristen, fortschrittlichen Vertretern der westdeutschen Öffentlichkeit gegen die Vorbereitung der

Notstandsgesetze auftrat. Die öffentliche Stimmung war damals dergestalt, daß die SPD, die damals in Opposition stand, es sich nicht leisten konnte, die Erplanung der Notstandsgesetze zu befürworten. Die Sache zog sich in die Länge. Nur mit großer Mühe gelang es, die „einfachen“ Gesetze durch den Bundestag zu drücken.

Eine Hauptaufgabe der vorigen Jahr entstandenen Großen Koalition bestand darin, die öffentliche Meinung im Lande umzustimmen. Das schien gar nicht so schwer, denn die SPD-Führung hat ihre Einsprüche gegen die Notstandsgesetze zurückgenommen. Die Gesetze sind aber immer noch nicht verabschiedet, und

aufs neue ist ein heftiger politischer Kampf entbrannt.

Zur Zeit geht zweierlei vor sich: die Bewegung im Lande und eine Bewegung außerhalb der Bundesrepublik. Es ist der Öffentlichkeit der DDR als ein historisches Verdienst anzurechnen, daß sie von Anfang an die gefährlichen Notstandsgesetze durchschaut hat und alles unternimmt, um die Wachsamkeit der Völker aufzubieten.

Die in Westdeutschland gegründeten einschlägigen Organisationen protestieren gegen die Gesetzentwürfe. Diese Organisationen stützen sich auf den Millionen Mitgliedern umfassenden DGB, der mit dem Kapitulantentum der SPD

nichts gemein haben will und kategorisch gegen diese Gesetze ist, die die Rechte der westdeutschen Werktätigen schmälen. Die Notstandsgesetze sind noch nicht verabschiedet, und die Weltöffentlichkeit, wie auch die Bevölkerung der Bundesrepublik können immer noch verhindern, daß ihr Land zu einer totalitären Diktatur wird.

Futurologie und Prognostik sind modische Wissenschaften. Um das „Modell des Jahres 2000“ auszukalkulieren, wenden sich die Geschäftsleute und Bankiers aus Köln und Frankfurt nicht nur an die Wahrsagerin Buchela aus Remagen, sondern auch an komplizierte Elektronenanlagen. Jede Großfirma plant auf lange Sicht.

Wie wird aber das „Modell“ des politischen Lebens der Bundesrepublik aussehen? Hat die fleißige Bevölkerung dieses Staates nichts besseres verdient als ein Modell für einen „Ernstfall“, für „innere Konflikte“, für „Drohungen von außen“? Im Grunde möchte man ja in Bonn das Modell eines totalitären militarisierter Staates ausarbeiten, in dem von der Demokratie nur äußerliche, sekundäre Merkmale zurückbleiben würden. „Der Sinn einer solchen Gesetzgebung“, heißt es in der Erklärung der Sowjetregierung, „besteht darin, Bedingungen zu schaffen, um eine Polizei- und Militärdiktatur zu errichten und die Bevölkerung in die Vorbereitungen zu einem neuen Krieg total einzubeziehen.“ Das verheißt nichts Gutes, weder der Bundesrepublik noch dem ganzen Kontinent.

zum Theologiestudium an die Universität Athen entsandt. Dieses Studium schloß er 1942 ab. Im Jahre 1938 erhielt er die Weihe als Diakon, später als Priester und 1946 als Archimandrit. Im gleichen Jahr ging er, mit einem Stipendium des Weltkirchenrates versehen, zum Theologiestudium an die Universität Boston (USA). Während seines dortigen Aufenthalts wurde er zum Bischof von Kition, einer Diözese der Griechisch-Orthodoxen Kirche auf Zypern, berufen (1948), wohin er bald zurückkehrte. Nach dem Tod von Makarios II. im Oktober 1950 wurde er Erzbischof, d. h. Oberhaupt der Griechisch-Orthodoxen Kirche auf Zypern, und nahm den Namen Makarios III. an.

Während des zweiten Weltkriegs erlebte er in Griechenland die deutsche Okkupation und schloß sich in dieser Zeit der nationalen Befreiungsbewegung der Zyprioten an. Im März 1956 verbannten ihn die britischen Kolonialbehörden auf die Seychellen im Indischen Ozean. Ein Jahr später kehrte er aus dem Exil zurück und nahm seinen Wohnsitz in Athen (die Einreise nach Zypern war ihm verboten). Im Februar 1959 nahm er an der Zypernkonferenz in London teil. Auf dieser wurden die Abkommen unterzeichnet, auf deren Grundlage der Insel später die Unabhängigkeit gewährt wurde. Im März des gleichen Jahres kehrte Makarios nach Zypern zurück, und 1960 wurde er der erste Präsident der Republik.

Biographisches

Erzbischof Makarios

In den letzten Wochen galt die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit den Vorgängen auf und um Zypern, einer verhältnismäßig jungen Republik, deren Unabhängigkeit am 16. August 1960 aus-



gerufen wurde. Präsident und Regierungschef der Republik Zypern ist Erzbischof Makarios.

Er wurde am 13. August 1913 als Sohn eines Bauern in Aro Panaya bei Paphos geboren. Bevor er die Priesterweihe empfing, war sein Name Michael Christodoulos Mouskos. 1926 absolvierte er die Gemeindeschule und trat als Novize in ein Kloster auf Zypern ein, auf dessen Kosten er 1936 seine Mittelschulbildung abschloß. Zwei Jahre später wurde er

aufs neue ist ein heftiger politischer Kampf entbrannt.

Zur Zeit geht zweierlei vor sich: die Bewegung im Lande und eine Bewegung außerhalb der Bundesrepublik. Es ist der Öffentlichkeit der DDR als ein historisches Verdienst anzurechnen, daß sie von Anfang an die gefährlichen Notstandsgesetze durchschaut hat und alles unternimmt, um die Wachsamkeit der Völker aufzubieten.

Die in Westdeutschland gegründeten einschlägigen Organisationen protestieren gegen die Gesetzentwürfe. Diese Organisationen stützen sich auf den Millionen Mitgliedern umfassenden DGB, der mit dem Kapitulantentum der SPD

nichts gemein haben will und kategorisch gegen diese Gesetze ist, die die Rechte der westdeutschen Werktätigen schmälen. Die Notstandsgesetze sind noch nicht verabschiedet, und die Weltöffentlichkeit, wie auch die Bevölkerung der Bundesrepublik können immer noch verhindern, daß ihr Land zu einer totalitären Diktatur wird.

Der griechische Student auf dem Bonner Martin-Platz hat seine Gesprächspartner nicht überzeugen können. Seine Worte klingen mir aber immer noch in den Ohren:

„Das kann auch bei euch passieren!“

Make-up in Kanton

Juri KOSJUKOW

Kanton oder Kuangtschou, eine der größten chinesischen Industrie- und Hafenstädte, hat sich in den letzten Tagen völlig verwandelt. Die Stadt, die lange Schauplatz erbitterter Gefechte zwischen Mao-Anhängern und -Gegnern war, ist plötzlich still geworden. Der Geschützdonner ist verstummt. Auch das Gewehrgeknatter hat aufgehört. Überall sind Baubrigaden mit Kalk und Zement darangegangen, die Risse und Kratzer an den Granatenplittern und MG-Salven verunstalteten Fassaden zu verputzen. Spezialbrigaden haben die Barrikaden aus Sandsäcken und den Schutt von den Straßen fortgeräumt. Die Mauern und Ziegeldächer der Häuser, die Asphaltdecke und das Pflaster der Fahrdämme sind von den Proklamationen und Aufrufen der Mao-Truppel gesäubert worden. In den Ämtern sind in Fieberhaft die während der Strafkämpfe eingeschlagenen Scheiben wieder eingesetzt worden. Verschwunden sind die Tafeln der Wandzeitungen und die Flugblätter. Besonders sorgfältig hat man im Flughafen und im Bahnhof aufgeräumt. Die Fassaden des massiven Gebäudes der chinesischen Exportausstellung auf dem Platz der Seepferde und des Croßhotels Ai Tsien sind renoviert worden.

Für all das haben hohe Militärs gesorgt. Auf deren Befehl sind Mao-Truppel und „Aufwiegler“ in die Vororte umgesiedelt worden. Vor den Regierungsämtern und den Hotels stehen Soldaten und Offiziere mit aufgeplantem Bajonett Wache. Die miteinander verfeindeten Gruppen der Mao-Truppel sind von ihnen gezwungen worden, Waffen und Munition in den Armeedepots abzuliefern. Das Militär hat die hitzigsten „jungen Aufwiegler“ eingesperrt und den Aufruf erlassen, zeitweilig den Kampf gegen die „Handvoll von Machthabern in der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen“, einzustellen. Die Militärs haben ihnen dringend empfohlen, sich „im Interesse des Staates“ zusammenzuschließen.

Was sind das für Interessen? Die Sache ist die, daß vor kurzem in Kuangtschou die herkömmliche, 22. Messe er-

öffnet wurde, zu der Tausende ausländische Kaufleute und Unternehmer erwartet wurden. Viele haben sich eingefunden. In den Zeitungen Westdeutschlands, Englands, Japans und anderer kapitalistischer Länder wimmelt es von Prognosen von günstigen Abschlüssen mit Peking. Dort hat man denn auch beschlossen, auf der Kanton Messe die denkbar besten Voraussetzungen dafür zu schaffen.

wiederholt, daß sie „die Integrität der Ausländer nicht garantieren, weil ein heftiger Klassenkampf im Gange ist und die Konterrevolutionäre ihre Umtreibe nicht aufgeben“.

Der japanische Geschäftsmann sagte mir an jenem Abend, daß er für den Chinahandel schwarzsehe. Eine Zeitlang war diese Meinung unter ausländischen Geschäftsleuten vorherrschend. Bald sahen sie jedoch ein, daß es keinen Grund zu Besorgnis gab.

Kurz vor dem Nationalfeiertag, der 17. Wiederkehr der Ausrufung der Volksrepublik, erklärte der stellvertretende Premier des Staatsrats und Außenminister Tschen Yi, gleichsam um die Befürchtungen der Geschäftswelt zu zerstreuen, in einem Gespräch mit Delegierten der Liberal-Demokratischen Partei Japans:

„Die chinesische Politik wird von der Regierung, nicht von den Hungweiping-Lern bestimmt!“

1966 lag der Außenhandel der VR mit der kapitalistischen Welt weit über dem Stand des Vorjahrs. In den ersten sieben Monaten von 1967 betrug die Einfuhr Chinas aus England, Frankreich, Westdeutschland, Italien, Japan und Hongkong 1 Milliarde US-Dollar (in der gleichen Zeitspanne 1966: 750 Millionen Dollar). In diesem Jahr haben Pekinger Außenhandelsorganisationen bei der westdeutschen Nitrex 3 Millionen und in Japan 2 Millionen Tonnen Ammoniumsulfat und Harnstoff erworben. Das ist ungefähr die Hälfte dessen, was die Volksrepublik China an Mineraldünger erzeugt.

An jenem Abend hatten sie die Führer des Außenhandels der VRCh aufs Korn genommen. Mao-Truppel und „Aufwiegler“ verlangten beharrlich ein Gerichtsverfahren gegen die Direktion der Hochschule für Außenhandel.

Vor dem von der „Kulturrevolution“ verriegelten Tor des Himmelstempels traf ich damals einen japanischen Geschäftsmann, den ich im Hotel Hsinchiao kennengelernt hatte. Er trug an der Brust ein großes Pappsschild: „Ich bin japanischer Staatsbürger.“ In der linken Ecke war zur Bekräftigung eine knallgelbe Sonne aufgemalt. Mit dieser „Visitenkarte“ wollte er sich offensichtlich gegen die Willkür der Mao-Truppel sichern, die ihn noch Gott behüte für einen Landsmann halten konnten. Übrigens erklärten damals amtliche Vertreter der chinesischen Behörden

Der Machtkampf in China hat sich auf die wichtigste Entwicklungstendenz des Pekinger Außenhandels, auf die Steigerung des Anteils der kapitalistischen Länder, nicht ausgewirkt. Heute basiert der Handelsverkehr der VRCh zu 75 Prozent auf Abmachungen mit dem Westen. Die Monopolpresse bezeichnet die Umorientierung der Wirtschaftsverbindungen Chinas von den sozialistischen Staaten auf die kapitalistischen als „einen der charakteristischsten Aspekte der Kulturrevolution“.

PARIS

IM NOVEMBER

Die USA-Zeitschrift *Business Week* schrieb nicht ohne Ironie: „China ist bereit, selbst mit dem Teufel, einschließlich der Südafrikanischen Republik, Handel zu treiben.“

Das stimmt. Ende dieses Sommers kaufte Peking den Rassisten von Rhodesien 60 000 t Chromerz ab, wodurch es sich denen anschloß, die gegen die über Rhodesien verhangten Wirtschaftssanktionen verstießen.

In Peking behauptet man stur, dort sei in allen Dingen „die Politik die Kommandomacht“. Dessenungeachtet stehen Japan und Westdeutschland, die keine diplomatischen Beziehungen zur VRCh und nicht einmal Handelsvertretungen in Peking haben, unter den kapitalistischen Handelspartnern Chinas an erster bzw. dritter Stelle. Frankreich und England jedoch, die China anerkennen, stehen weiter unten, und nichts deutet darauf hin, daß sie in nächster Zeit auf der Liste aufrücken könnten.

Unter den kapitalistischen Partnern Chinas sind aktive Mitglieder der Aggressionspakte NATO und SEATO. Auf der Manila-Konferenz der sieben Länder, die am Aggressionskrieg in Vietnam teilnehmen, versicherte z. B. Australien Washington, daß es dessen außenpolitischen Abenteuerkurs restlos unterstützen. Gleich darauf nahmen die chinesischen Vertreter in Canberra Verhandlungen auf und unterzeichneten ein Handelsabkommen mit Australien.

In der ersten Jahreshälfte 1967 erworb der Pekinger Außenhandel in Westdeutschland Waren für insgesamt

155 Mill. Dollar: doppelt soviel wie in der gleichen Zeitspanne 1966. Noch früher hatte Peking in der Bundesrepublik Ausrüstungen für einige Sperrholz- und Perlontbetriebe, eine Erdölraffinerie, eine Kunstfaserfabrik sowie Dieselloks bestellt. Im Sommer tätigten Bonner und Pekinger Vertreter einen großen Abschluß: ein Konsortium mit der westdeutschen DEMAG vorneweg wird der Volksrepublik China ein Stahlwalzwerk für Kalt- und Warmverfahren im Gesamtwert von mehr als 600 Mill. Mark liefern. Mit dem Wissen Washingtons hat die Bundesregierung der VRCh zu diesem Zweck einen langfristigen Kredit zugesichert. Wie es heißt, haben Bonner Vertreter über den Bau eines andern Großbetriebs in China verhandelt: eines Werks für nahtlos geschweißte Rohre, die gleichen, die Bonn vor gar nicht langer Zeit aus politischen Erwägungen der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten verweigerte.

Erwähnenswert ist noch ein wichtiger Aspekt der Beziehungen zwischen Peking und Bonn: die Zusammenarbeit im militärischen Bereich. Den Auftakt dazu gab der Waffenhändler Seidenschnur, ein früherer Wehrmachtoffizier, der 1955 in China war, um dort amerikanische Flugzeuge an den Mann zu bringen. Später, im Winter d. J., berichtete der Londoner *Daily Express*, daß China beabsichtigte, Ingenieure und Techniker der Flugzeugindustrie aus Westdeutschland einzuladen.

Chinesische Werber haben solchen Fachleuten in München langfristige Kontrakte angeboten und ihnen garantiert, daß ein beträchtlicher Teil der Gehälter in fester Währung an eine beliebige Bank im Westen überwiesen werden wird.

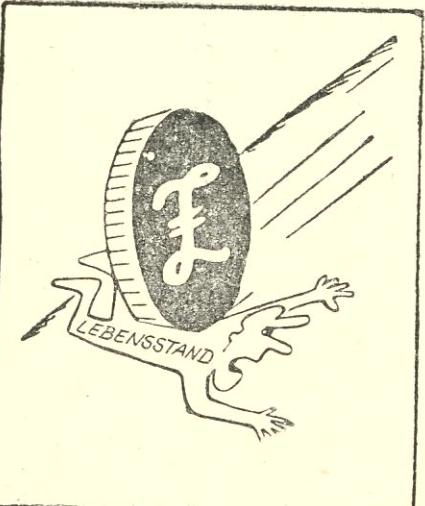
Ich habe den Bahnhofplatz in Peking noch gut im Gedächtnis. Auf den massiven Fliesen lagen im vorigen Herbst Bände von Menschenhaar. Hunderte füllige Zöpfe fielen vor meinen Augen von den Schultern der Chinesinnen. Überall funkelten Scheren. Die Mao-Truppler, die diese Massenschur im Namen der „Kulturrevolution“ durchführten, brüllten beifällig:

„Hao!“ (Schön.)

Wo kamen die abgeschnittenen Zöpfe hin? Bald erfuhr ich von einem Redakteur einer vielgelesenen Hongkonger Zeitschrift: Das chinesische Frauenhaar wurde in Ballen in die westliche Hemisphäre verfrachtet, um in Perücken umgearbeitet zu werden.

Der schädliche Einfluß der „Kulturrevolution“ macht sich in allen Sparten der chinesischen Volkswirtschaft bemerkbar. Auch der Außenhandel des Landes hat großen Schaden gelitten. Die teilweise Lähmung des Verkehrs und der allgemeine Niedergang in Industrie und Landwirtschaft mußten sich auswirken. Millionen Menschen fuhren ja umsonst Eisenbahn, um an der „revolutionären Zusammenschweißung“ teilzunehmen. Milliarden Arbeitsstunden gingen in den Betrieben verloren, weil es unablässig zu bewaffneten Zusammenstößen, zu „Wortgefechten“, Kundgebungen und Demonstrationen sowie zu Sitz- und Hungerstreiks kam. Auch im Außenministerium hatte man anderes zu tun: Man mußte in der Arbeitszeit stundenlang „die Werke Mao Tse-tungs studieren“. Viele angesehene

Das erste Opfer der Abwertung



G. Anastassow, Strshel, Sofia

Experten wurden drangsaliert. Einige von ihnen, z. B. der Vorsitzende des chinesischen Komitees zur Förderung des Welthandels, Nan Han-chang, verübten Selbstmord.

Als sich die ersten Wogen der „Kulturrevolution“ legten, bemühten sich die Maoisten aus Leibeskraften, ihr Außenhandelsgeschäft mit dem Westen nicht zu verderben. Seit Monaten sind westdeutsche Ingenieure in Lantschou und Tai'an tätig. Obwohl die beiden Städte Schauplätze unablässiger blutiger Zusammenstöße und Handgemenge sind, geht es an den Baustellen der Erdölraffinerie und der Kunstfaserfabrik ruhig zu, die mit dem Beistand der Bundesrepublik entstehen. Chinesische Truppeneinheiten, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich sind, halten Mao-Truppler und Aufwiegler von den Baustellen fern.

In einer geschäftigen Atmosphäre wurde vor kurzem im Büro der Chinesischen Bank in der Londoner City ein Kredit an Peking ausgehandelt. Ferner fanden im Pekinger Außenhandelsministerium britisch-chinesische Verhandlungen statt.

Dagegen schränkt Peking weiterhin den Handel mit sozialistischen Ländern ein und betreibt eine „harte Linie“ den fortschrittlichen Handelsorganisationen der kapitalistischen Welt gegenüber. Ein Beispiel dafür ist das Verhalten der chinesischen Behörden zu den „freundschaftlichen Firmen“, den der KP Japans nahestehenden Gesellschaften. Die Führung der KPJ brauchte nur für die Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung und für Einträchtigkeit im Kampf gegen die amerikanische Aggression in Vietnam einzutreten, und schon kehrten die Außenhandelsvertreter der VRCh den „freundschaftlichen Firmen“ den Rücken.

Das sind einige Aspekte des Außenhandels Chinas unter den Verhältnissen der „Kulturrevolution“. Da drängt sich die Frage auf: Welche Rolle spielen dabei die Mao-Truppler? Sie dürfen z. B. die Darstellungen von Katzen, Hunden, Goldfischen und sonstigen „bürgerlichen“, „feudalen“ und „revisionistischen“ Sinnbildern auf chinesischen Exportwaren vernichten. Aber damit basta! Die Mao-Truppler sind nur ein blindes Werkzeug in den Händen der Gruppe Mao Tse-tungs, sie führen nur deren finstere Pläne und Vorhaben aus. Sobald sie der Mao-Gruppe im Wege stehen, werden sie wie Marionetten hinter die Kulissen geschafft, um dann im Bedarfsfall wieder an die Rampe geholt zu werden.

So wird zur Zeit auch in Kanton während der Messe manipuliert.

Boris RAISKI

Fast die ganze zweite Novemberhälfte in Paris war warm, das Laub der Platanen färbte sich gerade erst kupferbraun. Dennoch ist der nahende Winter spürbar. Galeries Lafayette, Prisunic, Monoprix und andere Warenhäuser machen gute Weihnachtsgeschäfte.

Daran, daß Neujahr bevorsteht, erinnert nicht nur die Reklame der Pariser Geschäfte, sondern auch die zahlreichen Publikationen mit den bezeichnenden Namen „Horoscope“, „Constellation“, „Astres“. In einer von ihnen werden die Erfolgsschancen für 1968 erläutert, eine andere bringt „sensationelle Voraussagen für 1968 von berühmtesten Wahrsagern und Astrologen“, eine dritte verkündet ohne falsche Bescheidenheit, daß in ihren Seiten „Ihr Glück“ steckt.

Die allgemeine Bilanz dieser Prophezeiungen ist natürlich durchaus tröstlich: „Schwierigkeiten im Januar, Zwigstigkeiten im April und Erfolg nach dem 20. Juni.“ Aber nicht von ungefähr rechnet man Skepsis schon immer zu einem Wesenszug des französischen Nationalcharakters. Die Zusammenkünfte und Gespräche, die wir, einige Moskauer Journalisten, mit Vertretern verschiedener Schichten der französischen Öffentlichkeit hatten, ließen uns nicht bezweifeln, daß die Franzosen nicht die Astrologie, sondern die Realitäten konsultieren, um die Probleme ihrer Zukunft zu lösen.

DIE AMERIKANISCHE HERAUSFORDERUNG

Schon am ersten Tag fiel uns in einer Auslage ein Plakat mit der Inschrift auf: „Zu Beginn der EWG ist ebenso wichtig zu verkaufen wie zu produzieren.“ Am 1. Juli 1968 sollen nämlich die Zollschränke zwischen den EWG-Ländern fallen, was natürlich die Konkurrenz zwischen den EWG-Ländern verschärfen wird. Trotz des offiziellen Optimismus bereitet das Herannahen dieses Datums den französischen Ge-

schäftsleuten, besonders der kleinen und mittleren Bourgeoisie, große Sorgen. Die Allgemeine Konföderation der kleinen und mittleren Unternehmer hat ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem es heißt, daß sie über die bevorstehende Abschaffung der Zolltarife besorgt ist. Diese Nervosität nahm beträchtlich zu, als die Pfundabwertung mit der Abwertung anderer Währungen in ihrem Gefolge bekannt wurde. Die Presse hebt einmütig hervor, daß eine noch schärfere Konkurrenz auf den Außenmärkten unvermeidlich sei.

Übrigens droht der französischen Wirtschaft nicht nur in Europa Gefahr. Daran erinnerte der Vorsitzende der Nationalversammlung Jacques Chaban-Delmas, der zugleich Bürgermeister von Bordeaux ist. Vor seinen Wählern behauptete er, daß die Abschaffung der Zolltarife in der EWG für Frankreich weniger gefährlich sei als die bevorstehende Übereinkunft über die Herabsetzung der Zolltarife laut Kennedy-Runde. Selbstverständlich meinte Chaban-Delmas vor allem die Gefahr, die von der anderen Seite des Atlantik droht.

Großes Aufsehen in Frankreich erregte das kürzlich erschienene Buch „Die amerikanische Herausforderung“ von Jean-Jacques Servan-Schreiber. Der Autor, Herausgeber der bürgerlichen Wochenschrift *Express*, hebt hervor, daß amerikanische Investitionen, amerikanische Technologie und amerikanische Ingenieure Westeuropa überflutet haben. „EWG-Europa ist für die amerikanischen Geschäftleute zu einem neuen Wildwest geworden“, schreibt Servan-Schreiber. Welchen Ausweg sieht er? Nur ein „förderetes Europa“ mit übernationalen Instituten, darunter meint er natürlich „Kleineuropa“.

In Paris traf ich einen alten Bekannten: Fernand Leriche, früher Gewerkschaftsjournalist, heute stellvertretender Bürgermeister von Ivry. Wir kamen auch auf das Buch „Die amerikanische Herausforderung“ zu sprechen.

„Die von Servan-Schreiber angeführ-

ten Fakten, die von der amerikanischen Infiltration in die EWG-Länder zeugen", sagte mir Leriche, „sind aufschlußreich. Übrigens verweisen die französischen Kommunisten schon lange auf diese Tatsachen. Die Empfehlungen des Autors sind für unsere ‚Europäer‘ typisch. Wenn diese Herrschaften von Europa reden, so klammern sie die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder aus, was ihren Schullehrern in Geschichte und Erdkunde die Schamröte ins Gesicht treibt. Völlig unbegreiflich ist ferner, wie ein von Amerikanern überflutetes ‚Kleineuropa‘ diese Invasion abwehren kann ohne Verstaatlichung und andere Maßnahmen, gegen die Servan-Schreiber ist. Dennoch ist das Erscheinen dieses Buches in vieler Hinsicht symptomatisch. Der Durchschnittsfranzose hat für die USA, besonders wegen des Vietnamkrieges, nicht viel übrig, ist aber von der amerikanischen Technik sehr beeindruckt. Deshalb freuen wir, die Freunde der Sowjetunion, uns so sehr über jede kosmische Leistung Ihres Landes.“

Servan-Schreibers Rezepte sind wirklich mehr als zweifelhaft. Die amerikanisierten Bars und Geschäfte haben Zulauf. Bars ist aber eins, amerikanische Politik etwas ganz anderes. Viele Menschen verschiedenster Anschauungen sagten uns, daß der Kurs Washingtons in Frankreich immer unbeliebter wird.

Die Anzeichen der wirtschaftlichen Invasion der USA in Frankreich sind in Paris wie auch in der Provinz zu sehen. In der Nähe von Amiens zeigte man uns einen neuen Industriebezirk, wo die größten Betriebe — ein Autoreifen- und ein Waschmittelwerk — den amerikanischen Konzernen Goodyear und Procter and Gamble gehören. In Paris sprangen uns amerikanische Reklamen schon im Flughafen Le Bourget in die Augen und ließen uns dann nicht los. Auf den Straßen der Normandie und der Picardie haben sich alle 5 bis 10 Kilometer Esso-Tankstellen etabliert. Selbst im Wald von Compiègne, wo sich der berühmte Salonwagen von Marshall Foch befindet, erblicken die Touristen vor allem neben einer Waldhütte einen leeren Kanister mit der Aufschrift Esso.

Der amerikanische Einfluß erstreckt sich nicht nur auf die französische Wirtschaft, sondern auch auf die französische Kultur. Sattsam bekannt ist, daß Comics und Kriminalromane made in USA den französischen Büchermarkt überschwemmt haben. Nun dringen die amerikanischen Fließbandmethoden auch in das französische Filmwesen ein. In Paris sah ich den Film „Raubüberfall“ von Alain Cavalier. Cavalier hatte vorher zwei gute Filme über den Algerienkrieg und den Terror der OAS gedreht, die jedoch keine Kassenerfol-

ge waren. Nun wollte er beweisen, daß er „ebenso gut wie die Amerikaner“ einen Gangsterfilm machen kann. Daß er ein Meister ist, unterliegt keinem Zweifel. Mann muß aber dem Kritiker Pierre Billard recht geben, der in *L'Express* schreibt, daß die französischen Filmleute gelernt haben, gutgemachte Filme zu produzieren, die einander wie Autos derselben Marke, doch verschiedener Baujahre gleichen: derselbe Motor, dieselbe Karosserie, bloß Aschenbecher und Telefon kommen hinzu.

Um die vielen Cafés und Bistros wird Paris von allen anderen Städten benetzt. Viele von ihnen tragen statt der französischen amerikanische Namen. Amerikanisierte Geschäfte und Gaststätten wachsen wie die Pilze.

An den Grands Boulevards z. B. gibt es ein Geschäft „Jack de New York“ und eine „Atomic bar“.

STIMMUNGEN UND VERÄNDERUNGEN

Alles Neue ist attraktiv: Die amerikanisierten Bars und Geschäfte haben Unzufriedenheit aus. Viele von ihnen sind sogar dem Parteikongress in Lille ferngeblieben. Der Erfahrungen eingedenk, meinen ihre Führer, daß der flagrante Antikommunismus der Parteileitung im heutigen Frankreich keine Erfolgsschancen hat.

In jenen Tagen gelang ihnen aber etwas anderes: In Lille tagte ein Kongress der Regierungspartei „Union für die Neue Republik“.

Die jüngsten Wahlen zeigten, daß der Einfluß dieser Union abnimmt. Wie die Presse schreibt, beabsichtigt die Führung der Regierungspartei deshalb, ihre Basis zu erweitern, indem sie die Leute heranlockt, die gegenwärtig zu den Zentristen vom sogenannten Demokratischen Zentrum Lecanuets halten. Zugleich versucht sie, den Block der Linken zu sprengen und die Wähler zu kündern, die früher für die Rechtskandidaten gestimmt haben. Darauf ist es wohl zurückzuführen, daß einige Parteiführer in Lille mit ostentativer Schärfe gegen die KPF auftraten. Interessant ist ferner, daß in Lille der ursprüngliche Plan aufgegeben wurde, die Partei in Union der Sozialen Demokraten zum Schutz der Fünften Republik umzubilden: man beschloß, den Rechten zuliebe, aus der neuen Benennung das Wort „soziale“ zu streichen.

All das löst bei den linken Gaullisten Unzufriedenheit aus. Viele von ihnen sind sogar dem Parteikongress in Lille ferngeblieben. Der Erfahrungen eingedenk, meinen ihre Führer, daß der flagrante Antikommunismus der Parteileitung im heutigen Frankreich keine Erfolgsschancen hat.

IMMER MEHR FREUNDE

In der ganzen zweiten Novemberhälfte galt das Augenmerk der französischen Öffentlichkeit immer noch dem 50. Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution. Auf dem Boulevard des Italiens wurde im Lichtspielhaus „Rio Opéra“ der neue Film von Frédéric Rossif „Die Oktoberrevolution“ gezeigt. In Paris und anderen Städten erntete das Gesangs- und Tanzensemble der Sowjetarmee Beifallsstürme. Im Grand Palais wurde eine russische Kunstaustellung eröffnet. Angekündigt waren Vorträge angesehener Wissenschaftler und Politiker über die Oktoberrevolution. Das französische Fernsehen brachte Weltoffen des sowjetischen Films, darunter Eisensteins „Oktober“.

Als wir eines Tages am Panthéon vorbeifuhren, in dem Voltaire, Rousseau und andere große Franzosen ruhen, lassen wir an der Umfriedung die folgenden Worte in Riesenlettern: „Die Jugend ist mit Vietnam!“ Andere Losungen, die wir in den Straßen und in der Métro sahen, riefen die jungen Franzosen dazu auf, am 26. November an einer Manifestation gegen den Vietnamkrieg teilzunehmen. In der Métro sah ich auch eine Inschrift, die zum Boykott dieser Manifestation appellierte; daneben war das Zeichen der französischen Faschisten, ein Kreuz im Kreis, aufgemalt.

Die Manifestation fand statt und hatte großen Erfolg. Ungefähr 70 000 junge Leute, darunter 15 000 aus 86 Départements, marschierten am Sonntag, dem 26. November, von dem nach dem Réistance-Helden Oberst Fabien benannten Platz zur Place de la République.

Die Rechtsextremisten waren außerstande, diese großartige Manifestation der französischen Jugend zu vereiteln.

und „300 Tage russische Revolution“ von Georges Soria. Bemerkenswert ist, daß viele dieser Bücher von bürgerlichen Verlagen herausgegeben wurden; keine von ihnen konnte den 50. Jahrestag der Oktoberrevolution mit Schweigen übergehen.

Ein weites Echo fand das 50. Jubiläum der Oktoberrevolution auch in der französischen Presse. Neu und beachtlich war, daß selbst die Zeitungen, die vor kurzem noch in vulgärer Antisowjettheit machten, sich diesmal genötigt sahen, die Leistungen der Sowjetunion anzuerkennen. Bezeichnend ist z. B., daß das meistgelesene Rechtsblatt *France-Soir* (Auflage: mehr als eine Million) Georges Soria, einen alten Freund unseres Landes, als Korrespondenten nach Moskau entsandte. Millionen Leser lasen danach objektive Re-

portagen über das Leben der Sowjetunion.

Man muß aber schon sagen, daß es unter den französischen Journalisten bedauerlicherweise immer noch Troglodyten gibt, die über die Sowjetunion im selben Ton wie zur Zeit Poincarés berichten. Im großen und ganzen äußert sich die französische Presse über die Sowjetunion in letzter Zeit positiv.

Darin kommen offenbar die Stimmungen der französischen Öffentlichkeit, die veränderten Beziehungen zwischen unseren Ländern und die Haltung der französischen Regierung zum Ausdruck, die sich um den Ausbau der Zusammenarbeit bemüht. Diese Wendung will nur den Rechtsextremisten, den amerikanischen Agenten und den konterrevolutionären weißgardistischen Emigranten nicht passen. Das Blatt *Russkaja Mysl*,

das in Paris mit den Geldern der CIA herausgegeben wird, warf z. B. der französischen Regierung gehässig vor, daß sie den Franzosen erlaubt, den 50. Jahrestag der Oktoberrevolution weitgehend zu feiern.

Wir gewinnen in Frankreich immer mehr Freunde. Die überwiegende Mehrheit der Franzosen ist aus verschiedenen Gründen an der Freundschaft mit der Sowjetunion interessiert, einige, um mit uns Handel zu treiben, andere, weil sie darin die einzige verlässliche Garantie gegen die von Bonn und Washington ausgehenden Gefahren sehen, wieder andere, weil sie unser soziales System vorziehen. Vertreter aller dieser drei Richtungen trafen wir in Paris wie auch auf unserer Reise durch Frankreich.

Die IJV-Preisträger

Jedes Jahr verleiht der Internationale Journalistenverband, der mehr als 130 000 Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen aus fünfzig Ländern vereinigt, Preise für journalistische Leistungen, die die Freiheit und den Fortschritt der Völker fördern.

Die jüngste Preisverleihung erfolgte am 30. November in Prag auf der Präsidentstagung des IJV.

Als erster auf der Liste der Preisträger steht der Vietnamesische Journalistenverband, der sich außerordentlich um den 25jährigen Heldenkampf gegen die imperialistische Aggression verdient gemacht hat. Die Mitarbeiter von Presse und Rundfunk der Demokratischen Republik Vietnam stehen in der ersten Reihe der Kämpfer gegen die amerikanische Aggression. Sie dienen dem kämpferischen Zusammenschluß des Volkes von Vietnam, sie verkünden allen Völkern der Welt die Wahrheit über die Vorgänge in dem kleinen, doch unbesiegbaren Lande Südostasiens, auf das heute die ganze Welt blickt. Sie müssen ihre Journalistenpflicht unter unglaublich schwierigen Verhältnissen erfüllen, häufig unter amerikanischen Bomben, in tief im Dschungel getarnten Druckereien, die Feder in der einen,

die Maschinengewehr in der anderen Hand.

Einen Preis erhielt der griechische Journalist Kostas Filinis, stellvertretender Chefredakteur der Zeitung *Avghi*. Sein Name ist der Weltöffentlichkeit geläufig. Als flammender Patriot beteiligt sich Kostas Filinis schon lange an dem Kampf dafür, daß in Griechenland die wirkliche Demokratie obsiegt. Er ist ein Veteran des antifaschistischen Kampfes. Die griechische Reaktion ließ ihn elf Jahre lang im Gefängnis schmachten. Vor kurzem wurde dieser demokratische Journalist erneut eingekerkert: Die Militärjunta verurteilte ihn seiner fortschrittlichen Überzeugungen wegen zu lebenslanger Haft. Ebenso wie Manolis Glezos, seinem Freund, Kollegen und Kampfgefährten, der ebenfalls ein IJV-Preisträger ist, droht ihm ein Blutgericht. Bei der Preisverleihung würdigte der IJV sein Wirken als Journalist und erklärt sich mit diesem aufrechten griechischen Patrioten solidarisch.

Ein Preis ist dem Journalisten Koffi Batsa aus Ghana, einem Organisator der Presse des jungen Afrikas, zuerkannt worden. Koffi Batsa beteiligte sich an der nationalen Freiheitsbewe-

gung gegen das Kolonialjoch und leitet im unabhängigen Ghana die Zeitung *Spark*. Er wurde zum Generalsekretär des Panafrikanischen Journalisterverbands gewählt. In dieser Eigenschaft wirkte er tatkräftig im Kampf um Rechte und Freiheiten der Völker Afrikas, um den Zusammenschluß der fortschrittlichen Journalisten aller Kontinente mit. Vor kurzem wurde er nach 16monatiger Haft in Ghana aus dem Gefängnis entlassen und setzt seine Tätigkeit fort, die ihm in Ghana, ja in der ganzen Welt Achtung eingebracht hat.

Einen Sonderpreis des IJV für 1967 ging an den Sowjetischen Journalisterverband für seinen Beitrag zur internationalen Solidarität der Journalisten, zum Kampf für Freiheit und Frieden. Damit ist das Wirken der sowjetischen Presse, Rundfunk- und Fernsehleute gewürdigt worden, die vor kurzem gemeinsam mit dem ganzen Sowjetvolk den fünfzigsten Jahrestag der Oktoberrevolution gefeiert haben. Die Vertreter der sowjetischen Journalisten dankten in Prag für diese Auszeichnung und versicherten ihre Kollegen vom IJV, daß sie der Sache der internationalen Einheit, Freundschaft und Solidarität stets treu bleiben und auch fortan alles daransetzen werden, die Solidarität der Journalisten bei ihren Bemühungen um Demokratie, Frieden und Fortschritt zu festigen.

F. B.

In Meridian, Mississippi

Im Bundesgericht in Meridian (Mississippi) fällten zwölf Geschworene, unter denen kein einziger Neger war, einen Schuldspruch über sieben von achtzehn weißen Angeklagten. Jeder von diesen war ein Ausbund von Rassenhaß, Gewalttätigkeit und Grausamkeit. Schon die Tatsache, daß sie verhaftet, unter Anklage gestellt und schuldig gesprochen worden sind, ist etwas völlig Neues. Nicht minder bezeichnend ist auch, daß Richter William Howard Cox, der im Prozeß den Vorsitz führte, immer als unverbesserlicher Rassist bekannt war. Offenbar hat auch er gespürt, daß etwas anders wird, hat auch ihn der Druck der Massenbewegung nicht unberührt gelassen.

Der Prozeß und die schwerwiegenden Geschehnisse, deren Folge er war, werden vielleicht als die Schlacht von Meridian in die Geschichte eingehen. Anders kann man sie nicht nennen. Man kann aber nicht sagen, daß dort die Liberalen aus dem Norden über die Fanatiker aus dem Süden gesiegt hätten. Das nicht. Den Sieg haben Menschen mit dunkler Haut davongetragen, mit denen heroische Weiße Schulter an Schulter gekämpft haben.

Das war nur eine Schlacht des 100jährigen Krieges, den die geld- und mächtigeren weißen Oberen Amerikas gegen eine Generation des Negervolkes nach der anderen führen und in dem sie Häuser und Kirchen zerstören, diesem Volk das Leben zur Hölle machen und kalten Blutes Neger wie auch Weiße ermorden, die im Widerstand gegen die rassistische Nazipolitik den Sinn ihres Lebens sehen.

Doch die Schlacht von Meridian kann, obwohl sie noch nicht zu Ende ist — die Mörder haben Berufung eingelegt —, sehr weittragend sein. Der Berufungsantrag wird scheitern, wenn man den Kampf intensiviert, der heute schon zu einem Sieg geführt hat. Und dieser Sieg kann sich auf alle Lebensbereiche des Volkes günstig auswirken.

Man schrieb den 21. Juni 1964. Weiße Banditen standen, über ihre eigenen Zoten wiehernd, an einem von einem Eagger ausgehobenen Grab am Rande von Philadelphia (Mississippi). Im Grabe lagen drei Leichen. Die feixenden Ungeheuer hatten die drei jungen Leute, die sich in den Dienst des Kampfes für die Verfassungs- und Menschenrechte der Neger gestellt hatten, kaltblütig und mit Vorbedacht ermordet. Die weißen Machthaber im Süden re-

agieren immer mit Terror auf die Forderung, die Verfassung der USA in die Tat umzusetzen. Für Mississippi ist der Fall besonders typisch.

Zwei der Toten waren Weiße: Michael Schwerner, ein Sozialfürsorger aus New York, und Andrew Goodman, ein Collegestudent, ebenfalls aus New York. Sie waren nach Mississippi gekommen, fest entschlossen, den Kampf dagegen zu unterstützen, daß die Rechte der Neger immer wieder in verbrecherischer Weise verletzt werden. Beide waren sich darüber klar, daß die Schmälerung dieser Rechte die sittlichen Grundsätze und die Einheit des ganzen Landes untergräbt. Sie betrachteten sie als Verbrechen an der Verfassung.

Die ermordeten jungen Leute wußten, daß das Lügenmärchen von der Überlegenheit der Weißen und die damit verbundene Gewalt und Grausamkeit die Nation in Weiße und Schwarze gespalten haben. Sie waren nach Mississippi gekommen, um die Kluft überbrücken zu helfen. Der junge Neger James Chaney war das dritte Opfer der Lynchjustiz. Er wohnte in Meridian.

Alle drei waren Mitglieder des Rats vereinigter Organisationen, dem der Studentenausschuß für gewaltlose Aktionen und der Kongress für Rassegleichheit beigetreten sind. Die neue Körperschaft hat es sich speziell zur Aufgabe gemacht, den Negermassen das Verfahren bei der Eintragung in die Wählerlisten und bei Wahlen zu erleichtern. Natürlich mußte diesen grausam ausgebauten und unterdrückten Menschen auch Mut gemacht werden, überhaupt an Wahlen teilzunehmen. Die Leiter der Organisation waren fest davon überzeugt, daß die Bundesregierung einschreiten mußte, nachdem sich die rassistischen Behörden von Mississippi geweigert hatten, Schritte zu unternehmen. Zum ersten Male wurde Edgar Hoover nach Mississippi geschickt, und das mit dem Auftrag, eine Untersuchung gegen den Ku-Klux-Klan einzuleiten. „Sein“ FBI verfolgt unablässig die Führer fortschrittlicher Gruppen, hatte den Ku Klux-Klan aber immer ungeschoren gelassen. Dann schickte Präsident Johnson Allen Dulles nach Mississippi. Als der dortige Bundeskommissar Carter es ablehnte, die Verhafteten unter Anklage zu stellen, traf ein Sondervertreter des Bundesjustizministeriums ein.

Die geschichtliche Mission, der sich diese tapferen Jungen und ihre Kameraden unterzogen, gehört in Wirklichkeit zu den Obliegenheiten der Regierung. Doch die Regierung des Staates Mississippi besteht größtenteils aus Fanatikern und Rassisten, die gegen sämtliche Bestimmungen der Verfassung verstößen. Was die Bundesregierung betrifft, so hat sie sich aller Verpflichtungen entledigt, als sie es durch den sattsam bekannten Hayes-Tilden-Kompromiß ablehnte, die Gesetzeserungen aus dem Bürgerkrieg — einem Krieg, für dessen erfolgreichen Ausgang die Neger so viel getan haben — als gültig anzuerkennen.

William L. PATTERSON
USA

tungen ihren farbigen Staatsbürgern gegenüber entledigt, als sie es durch den sattsam bekannten Hayes-Tilden-Kompromiß ablehnte, die Gesetzeserungen aus dem Bürgerkrieg — einem Krieg, für dessen erfolgreichen Ausgang die Neger so viel getan haben — als gültig anzuerkennen.

Das Wirken der heldenhaften jungen Leute fand bei den farbigen Bewohnern von Mississippi stärksten Widerhall. Der zunehmende Rückhalt beim ganzen Volk zeigte davon, daß der Wunsch immer mächtiger wurde, den Rassismus auszumerzen. Vorläufig noch kaum merkliche Wandlungen setzten ein, und die Jugend spielte dabei eine entscheidende Rolle.

Das Kräfteverhältnis wurde allmählich anders. Je öfter die Jugend auf Straßen und Landstraßen aufmarschierte und je energischer sie sich in den heftigen, aber demokratischen Kampf um ihre Rechte einschaltete, desto größer wurde die Angst der Regierung des Staates und des Staatenbundes. Die Reaktion rief zur Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung“. Sie meinte eine „Ruhe und Ordnung“, die den demokratischen Demonstrationen und dem Kampf für gleiche Rechte und Möglichkeiten ein Ende bereiten sollte. So eine „Ordnung“ stellten mit Pistolen und Knüppeln bewaffnete Polizisten her, denen man das Recht zum Töten gegeben hatte. In Mississippi setzten die Exzesse des Ku-Klux-Klans wieder ein.

Noch zwei junge Neger wurden tot in demselben Sumpf gefunden, wo man die Leichen von Schwerner, Goodman und Chaney entdeckt hatte.

Die Protestbewegung gewann aber eine derartige Stärke, daß die Bundesregierung einschreiten mußte, nachdem sich die rassistischen Behörden von Mississippi geweigert hatten, Schritte zu unternehmen. Zum ersten Male wurde Edgar Hoover nach Mississippi geschickt, und das mit dem Auftrag, eine Untersuchung gegen den Ku-Klux-Klan einzuleiten. „Sein“ FBI verfolgt unablässig die Führer fortschrittlicher Gruppen, hatte den Ku Klux-Klan aber immer ungeschoren gelassen. Dann schickte Präsident Johnson Allen Dulles nach Mississippi. Als der dortige Bundeskommissar Carter es ablehnte, die Verhafteten unter Anklage zu stellen, traf ein Sondervertreter des Bundesjustizministeriums ein.

Die Anklage gegen die Lynchmörder lautete nicht auf Mord, sondern auf Schmälerung der Verfassungsrechte amerikanischer Staatsbürger. Man muß nämlich wissen, daß Mord nicht in den Kompetenzbereich der Bundesgesetze fällt. Die Sachbeweise aber zeugten von einem Mord, und da geschah etwas

Unerwartetes: Sieben Ku-Klux-Klan-Männer wurden schuldig gesprochen.

Eine Aussöhnung mit dem Rassismus ist ausgeschlossen. Er muß eine Ende haben, und das sofort. Die Schlacht von Meridian ist jetzt ein Geplänkel der Nachhut, hat jedoch für die Hauptkräfte

derer, die für Demokratie kämpfen,

große Bedeutung. Man kann durchsetzen, daß die Bundesregierung die Behörden von Mississippi zwingt, die Lynchmörder wegen Mordes zu richten und den Ku-Klux-Klan zu verbieten.

Die Toten rufen aus ihren Gräbern:

Goyas Tradition

Anatoli TSCHLENOW

Das Leben Lea Grundigs ist aus gefüllt von dramatischen Geschehnissen und Wendungen. Sie stammt aus einer wohlhabenden frommen Familie, kam in den 20er Jahren an die Akademie der bildenden Künste in Dresden, machte Nazigruel mit, wurde verhaftet, emigrierte, bangte um das Leben ihres Mannes, der jahrelang in einem KZ schmachtete; nach dem Kriege wurde sie Präsidentin des Künstlerverbands der DDR, Mitglied der Deutschen Akademie der Künste und des ZK der SED.

Lea Grundig ist eine Künstlerin wie aus einem Guß. Schon als Studentin lernte sie ihren künftigen Mann, Hans Grundig, kennen, der später ebenfalls ein anerkannter Maler wurde (er ist 1958 verstorben). Er war es auch, der sie von einem vagen Pazifismus zur kommunistischen Überzeugung führte. Lea Grundig widmete ihr Schaffen zunächst dem Alltag des deutschen Proletariats und dann einer leidenschaftlichen Anprangerung des Faschismus.

Ihre besten Arbeiten, die auf einer Ausstellung in Moskau und Tbilissi (später auch in Kiew) gezeigt wurden, haben größte Anerkennung gefunden.

Die Thematik ist vielfältig. Neben Porträts von Arbeitslosen aus den 30er Jahren und von Bestarbeitern der DDR sieht man Blätter, die sich mit der Ermordung Lumumbas und dem Kampf in Vietnam auseinandersetzen. Porträts Hans Grundigs aus verschiedenen Jahren; ein Zyklus über den Bauernkrieg in Deutschland; Reiseskizzen aus vielen Ländern; Betrachtungen über die Gegenwart; Illustrationen zu Brecht und zu Grimms Märchen.

Im Mittelpunkt der ausgestellten Werke steht jedoch die antifaschistische Thematik: Die Untaten der Naziklique und ihre Auswirkungen auf Deutschland. Diese Werke, die die Vergangen-

Kämpft bis zum siegreichen Ende! Wenn der Sieg errungen ist, werden die jungen Helden ihr Leben nicht umsonst hingegeben haben. In Amerika tobt ein Krieg: ein Krieg gegen den Rassismus. In diesem Krieg geht es um die ureigene Sache des amerikanischen Volkes.

die unbedingt das Land, aus dem die braune Pest kroch, treffen muß).

Lea Grundigs Sprache ist eine schwarzweiße Graphik, krasse Kollisionen, eine leidenschaftliche Pubistik, düstere Gestalten und pathetischer Kampf. All das ist auch dem Schaffen einer anderen hervorragenden deutschen Künstlerin eigen: Käthe Kollwitz, deren Traditionen Lea Grundig zweifellos fortsetzt.

In vieler Hinsicht hat sie sich aber auch an Goya geschult. Ebenso wie die „Caprichos“ und die „Greuel des Krieges“ des großen Spaniers ist Lea Grundigs Graphik aus der Kollision einer humanistischen Künstlerin und Kämpferin mit der düsteren grauenhaften Wirklichkeit entstanden.

Die Besucher der Ausstellung sahen auch eine andere Lea Grundig, eine Künstlerin, die alle Farben eines blühenden Gartens schillern läßt, sich an der gesundheitstrotzenden Frische eines Mädchens freut, das zwischen Blumen eingeschlafen ist, eine Künstlerin, die Landschaften und Menschen von Kam-bodscha und Kuba, Grusien und Böhmen, Rumänien und Ceylon gestaltet.

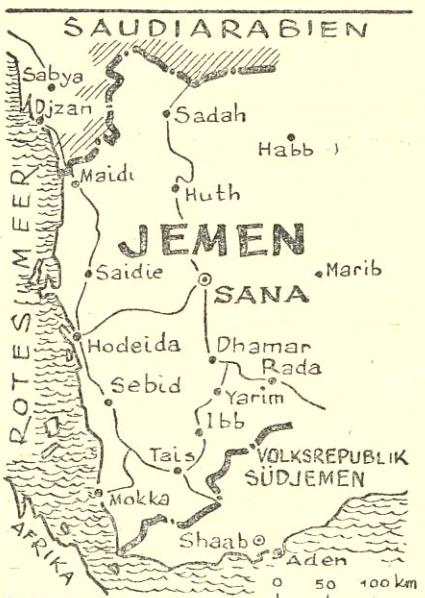
Nach den langen schweren Prüfungen hat sich dieser Aspekt ihres Schaffens erst in den 60er Jahren entfaltet. Auch hier drängen sich Vergleiche mit Goya auf, in dessen Werk neben der vom „Traum der Vernunft hervorgerufenen“ Schreckenswelt, wie er sagte, auch die Begeisterung für die frohen satten Lebensfarben nicht zu verkennen ist.

Wir sahen eine gehaltvolle, ergreifende und vielgestaltige Ausstellung. Bei ihrer Eröffnung sprach Lea Grundig nicht nur über ihr politisches Credo, sondern auch darüber, daß es Aufgabe der Kunst ist, das Leben, alles Schöne im Leben zu besingen, darüber, daß von der Ästhetik des sozialistischen Realismus Begriffe wie Schönheit und Lebenswahrheit nicht wegzudenken sind.

Die Agonie der Imamsreaktion in Jemen

Boris ISAKOW

In Jemen wird gekämpft. Im Vorfeld von Sana, der Hauptstadt Jemens, fließt Blut. Die von den Imperialisten begönnerte Reaktion greift das Neue, die Republik, an. Die royalistischen Banden werden faktisch von amerikanischen und britischen Militärberatern befahligt, auch westeuropäische Söldner, der Abschaum der „freien Welt“, schlagen sich auf Seiten der Monarchisten.



Die Reaktion unternahm ihren Versuch, sich der Hauptstadt Jemens zu bemächtigen und die Republik zu stürzen, im Augenblick des Abzugs der ägyptischen Truppen, die sich auf Grund eines Abkommens über gemeinsame Verteidigung im Lande befanden, das die Regierungen von Sana und Kairo geschlossen hatten. Die ägyptischen Truppen bewachten strategisch wichtige Punkte in Jemen und schützten seine Hauptstraßen gegen Anschläge von Diversionsgruppen aus dem Norden und dem Osten. Früher oder später mußten die verbündeten ägyptischen Truppen jedoch abziehen. Auf diesen Augenblick warteten die Reaktion und ihre ausländischen Gegner mit Ungeduld.

Die Revolution hat die Monarchie in Jemen erst vor fünf Jahren gestürzt. Erst

damals sprengte das Land die Ketten des barbarischen Despotismus, unter dem Innen- und Außenpolitik ganz von den Launen des Imams abhingen. Die Staatsfinanzen galten als persönliches Eigentum des Imams, die Bevölkerung war gierigen Steuerpächtern ausgeliefert. Das Elend war himmelschreiend, das Analphabetentum fast durchgehend, wenn man das Auswendiglernen von Suren nicht rechnet. Es ist kaum zu fassen, daß die Sklaverei in Jemen offiziell erst vor fünf Jahren abgeschafft worden ist.

Die Regierung der Republik verteilt die konfisierten Ländereien des königlichen Hauses und der aktiven Monarchisten unter den Bauern. Das mittelalterliche System der Steuerpacht wurde abgeschafft, ein Teil der Steuern aufgehoben, die Steuerrückstände erlassen. In manchen Dörfern sind Genossenschaften entstanden. Heute besteht eine Gesamtgewerkschaft für Arbeiter aller Berufe und Produktionszweige. Durch die Berge und Wüsten sind Straßen gezogen worden. Es wurden Schulen, Polikliniken und Krankenhäuser eröffnet. Eine beträchtliche Anzahl von jungen Jemeniten studiert im Ausland. Eine jemenitische Intelligenz ist im Entstehen, mag ihre Schicht auch noch hauchdünn sein.

Das ist ein Anfang, aber ein vielversprechender Anfang, der dem Leben des Landes bereits seinen Stempel aufgedrückt hat. Das Volk weiß, was ihm sein neues Leben verheißt.

Ein bestimmter Teil der westlichen Presse behauptete, die republikanische Ordnung würde zusammenbrechen, sobald die ägyptischen Truppen abgezogen seien. Aber der Westen hat die Rechnung ohne das jemenitische Volk gemacht. Es ist kennzeichnend, daß die republikanischen Behörden die Bevölkerung bewaffnet haben: in kritischen Augenblicken kann sich das nur eine Macht leisten, die dem Volke vertraut und sich seiner Unterstützung gewiß ist.

Die Offensive der monarchistischen Banden ist auf den entschlossenen Widerstand des Volkes gestoßen.

Gezänk in der OAS

Juan COBO

Hauptquartier abspielten, hat ihr Renommee noch mehr gelitten.

Der Skandal entbrannte wegen der Wahl des neuen Generalsekretärs. Die

Die Organisation amerikanischer Staaten (OAS), deren Gründung seinerzeit von den Vereinigten Staaten veranlaßt wurde, war bei den Lateinamerikanern nie angesehen. Unter den skandalösen Ereignissen, die sich um die letzte Monatsswende in ihrem Washingtoner

USA waren schon längst mit der Führung der OAS unzufrieden und wollten sie erneuern, damit sie die Washington genehmen Beschlüsse mit größerem Eifer verwirklichen. Washingtons Mann war in diesem Fall der ekuadorianische Präsident Galo Plaza, der die Interessen der Vereinigten Staaten wiederholt mit lakaienhafter Bereitschaft vertreten hatte. Im September d. J. ließ er nach einem langen vertraulichen Gespräch mit Dean Rusk in Washington den OAS-Bossen gegenüber durchblicken, daß ihm der Posten des Generalsekretärs sicher sei und daß er, sobald er ihn angetreten habe, in diesem Apparat aufräumen, ihn kürzen und zur Arbeit einhalten werde.

Die OAS-Bürokraten waren darüber nicht erbaut. Sie schlugen ihren Mann als Generalsekretär vor, Eduardo Ritter Aislan aus Panama, den heutigen Vorsitzenden des Rates der Organisation. Aber auch Ritter fand unter den Delegierten nicht genug Anhänger. Vier Wahlgänge brachten keine Entscheidung, kein Anwärter konnte genügend Stimmen auf sich vereinigen.

Das endete damit, daß der brasiliatische Delegierte vorschlug, die endgültige Abstimmung auf den Januar 1968 zu verlegen, damit geeignete Kandidaten nominiert werden und sich die Leidenschaften abkühlen könnten.

Einer Abkühlung bedurften diese wirklich. Die *Washington Daily News* schrieb von der OAS: „Die Bearbeitung der Delegierten in den Wandelgängen hat einen immer brutaleren Charakter angenommen.“ Diplomaten, die gewöhnlich so viel Wert auf korrekte Umgangsformen legen, machten skrupellos von ihren Ellbogen Gebrauch und boxten wie Gangster um den Posten des Generalsekretärs, der mit einem Jahresgehalt von 32 000 Dollar dotiert ist.

Besonders legten sich die Anhänger des Panamesen Ritter ins Zeug. Betances, einer seiner Freunde aus dem OAS-Apparat, der sich im vorigen Jahr einen panamaischen Orden an die Brust heften durfte, drohte einem Gegner seines Schützlings mit Gewalttätigkeiten. Diese ekelhafte Episode erregte solches Aufsehen, daß das Generalsekretariat Betances seines Postens als Oberadministrator entheben mußte.

Aber das ist nicht der einzige Skandal.

Die mexikanische Zeitung *Ovaciones* schrieb unter Berufung auf unterrichtete Quellen, vor kurzem seien unter mysteriösen Umständen die für die OAS bestimmten Gelder des Komitees „Allianz für den Fortschritt“ verschwunden,

schen, daß die OAS respektiert werde und zugleich gehorsam alle Washingtoner Befehle ausgeführt. Da sie das nicht erreichen können, nimmt Washington keinen Anstand, die Bürokraten aus der OAS wie Hausdiener herunterzuputzen. „Wir hoffen“, schrieb die *Washington Daily News* am 7. Dezember, „die OAS wird sich einmal ordentlich im Spiegel ihrer Handlungen betrachten; was sie da sehen wird, mag sie sich zu Herzen nehmen. Tut sie das, so wird sie ohne weitere Umstände die Abstimmung vornehmen und die nicht erledigten Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre bewältigen.“

Gewiß wird der OAS-Generalsekretär schließlich gewählt werden. Klar ist aber auch, daß diese Organisation sich in Lateinamerika nie Autorität erwerben kann.

Die Studentenunruhen in Spanien

Michail KRUGLOW

hen: die Politik der Regierung und der Universitätsbehörden, das Recht auf freie Diskussion und auf die Gründung demokratischer Gewerkschaften.

Die Franco-Behörden hatten solche Assembleen zwar auch bisher als gesetzwidrig betrachtet, aber sich nicht entschließen können, sie zu verhindern. Diesmal mußte die Polizei Befehl erhalten haben, die Assemblee zu vereiteln. Vierzig Studenten wurden verhaftet und die Universität, wie es schon wiederholt geschehen war, auf zwei Tage geschlossen.

Die Unruhen brandeten am 4. Dezember erneut auf. An diesem Tag demonstrierten Hunderte von Studenten in der Universitätsstadt mit den Rufen „Franco — Nein!“, „Freiheit für die Verhafteten!“ Es kam zu neuen Zusammenstößen mit der Polizei, zu neuen Verhaftungen. Festgenommen wurden namentlich etwa sechzig Delegierte aus allen anderen spanischen Universitäten,

die nach Madrid gekommen waren, um an einer (von den Behörden nicht erlaubten) Beratung teilzunehmen. Diese waren einberufen worden, um als Gegenbewegung zur SEU, der franquistischen Studentengewerkschaft, einen gesamtspanischen Demokratischen Studentenverband zu gründen. Die oppositionell gesinnten Studenten — und diese bilden die Mehrheit — haben nämlich neue Studentenverbände gebildet. Diesen gehö-

Leserbriefe

IM NAMEN
DER GERECHTIGKEIT

ren bereits 46 000 von den insgesamt 93 000 Studenten in Spanien an. Nun geht es um ihren Zusammenschluß zu einer einheitlichen Landesorganisation, in deren Statut das Streikrecht, die Freiheit des Wortes und Demonstrationsfreiheit festgelegt werden sollen. Aus Protest gegen die Polizeischikanen erklärten die Studenten den Streik. An ihm beteiligten sich, allen Repressalien zum Trotz, fast 75 Prozent der mehr als 30 000 Studenten der Universität Madrid. Der Streik war von unaufhörlichen Geplänkeln mit der Polizei begleitet, die das Universitätsgelände besetzt hielt, obwohl nach den spanischen Hochschulregeln jedes Hochschulgelände für alle Außenstehenden verbotener Grund und in gewisser Hinsicht autonom ist. Massendemonstrationen gegen die Polizei wiederholten sich fast Tag für Tag.

Eine Besonderheit dieser Aktionen ist ihr ausgesprochen politischer Charakter, ihre scharfe Stellungnahme gegen das Franco-Regime.

Der Pariser *Monde* schrieb am 9. Dezember: „Die Demonstranten in Madrid sangen republikanische Lieder aus der Zeit des Bürgerkrieges und verliehen damit dem Konflikt, bei dem es tatsächlich um die Anerkennung der von den Studenten geschaffenen Verbände durch die Behörden geht, einen politischen Charakter.“

Besonders beunruhigt sind die Franco-Behörden dadurch, daß die rebellierenden Studenten mit der Arbeiterbewegung in Verbindung treten, die immer neue Anhänger gewinnt. Wiederholt setzten sich Studenten zusammen mit Arbeitern für die Arbeiterausschüsse in den Betrieben ein. Die spanische Arbeiterklasse unterstützt ihrerseits die Studentenbewegung.

Gewiß können Studentenunruhen, wie groß auch die Beteiligung an ihnen sein mag, das Regime nicht ins Wanken bringen. In ihnen zeigt sich jedoch ein für Spanien charakteristischer Prozeß: Immer neue Schichten der spanischen Gesellschaft schließen sich dem Kampf gegen die heutigen Zustände an. Die Aktionen gegen Franco nehmen einen ständig wachsenden Umfang an.

In Heft 23 Ihrer Zeitschrift lasen wir Auszüge aus Simon Wiesenthals Buch „Die Mörder unter uns“. Wie kommt es, daß viele nazistische Mörder frei herumlaufen? Wie kommt es, daß Hunderte faschistischer Massenmörder, die Angehörige vieler Nationen auf dem Gewissen haben, der gerechten Strafe entgehen und in Westdeutschland Zuflucht finden konnten? Wie konnten solche Verbrecher in manchen lateinamerikanischen und anderen Ländern untertauchen?

Das ist natürlich der Vorschub- und sogar direkten Hilfeleistung seitens unserer Verbündeten aus der Antihitlerkoalition, vor allem der USA, zuzuschreiben. Die Völker aber können die unerhörten Missetaten, die die Nazis in Staaten Europas und in der Sowjetunion begangen haben, weder vergessen noch vergeben. Nie können und werden sie die Schrecken von Majdanek, Auschwitz und Mauthausen vergessen.

Um der Gerechtigkeit und der Hundertausende unschuldiger Opfer willen müssen die Naziverbrecher aus dem zweiten Weltkrieg ermittelt und bestraft werden.

A. Dshafarov,
G. Aristakessian
Baku, Aserbaidschanische SSR

VALMIERA KLAGT AN...

Unser Valmiera ist eine kleine Bezirkssstadt im Nordlettland. Vor dem Kriege hatte sie 8000 Einwohner. Unter der Nazibesatzung bestand hier das KZ Valmiermuža, in dem Tausende sowjetische Menschen schmachten. Von ihnen wurden über 3000 unweit der Stadt erschossen.

Der Journalistenverband von Vidzemes, Lettische SSR, sammelt Stoff für eine Aufsatzsammlung mit dem Titel „Valmiera klagt an...“. Wir haben schon bisher unveröffentlichte Materialien, ferner Zeugenaussagen über Nazimörder, die in den USA, in Westdeutschland, Australien, Kanada und anderen Ländern der sogenannten freien Welt Zuflucht gefunden haben.

Hier die uns bekanntgewordenen Namen und Adressen solcher Mörder: Herberts Teidemanis, Kaiserslautern (Westdeutschland); Kārlis Jekabsons, Kalamazoo (USA), 1024 Pitcher Street; Jānis Jekabsons, Melburn/Wic. (Australien), 35 Blanch Street; Arnolds Runka, Oklahoma City 3 (USA) 316 W 26th; Vilis Runka, Adelaide (Australien) Ramage Street 7.

Herberts Teidemanis stand der Polizei vor, leitete Massenerschießungen und nahm auch persönlich daran teil. Die Brüder Kārlis und Jānis Jekabsons gehörten zu den eifrigsten Mörtern, sie prahlten, sie hätten „rote Kommunisten umgebracht“. 3000 ihrer Opfer waren einfache Bauern, Land- und Fabrikarbeiter, Angestellte und Lehrer.

Uns sind belastende Tatsachen auch über andere Verbrecher bekannt: über den Polizeichef von Valmiera, Hermanis Kiusala, über Julījs Jaunsnikeris, Julījs Janitis und andere, die sich jetzt im Ausland als politische Flüchtlinge aufspielen. Die ganze Welt soll wissen, wer sie sind. Sie sind Mörder, die der Weltimperialismus für seine schmutzigen antisowjetischen Zwecke benutzt.

Vilis Liepin,
Vorsitzender
des Journalistenverbands,
Ortsgruppe Vidzemes, Lettische SSR

SIE ENTLARVEN SICH SELBST

Ich bin empört darüber, was Mao Tse-tungs Spaltergruppe in der kommunistischen Weltbewegung treibt. Ihre sogenannte „Kulturrevolution“ ist für unsere Begriffe eine Konterrevolution. Sie hat dem chinesischen Volk großen Schaden zugefügt und seine sozialistischen Errungenschaften aus den vorhergehenden 18 Jahren ins Wanken gebracht.

Maos Gruppe versucht jetzt, sich auf die Armee zu stützen. Das Bajonett kann aber die sogenannten Ideen Mao Tse-tungs nicht retten. Sie werden wie Seifenblasen platzen. Mit den Verleumdungen über die kommunistische Weltbewegung und die sozialistischen Länder entlarvt sich die Mao-Gruppe nur selbst.

A. Kuzenko, Ingenieur
Poltawa, Ukrainische SSR



WO IST FRANCISCO CAAMAÑO?

Hier im Land sind nicht Sie der Herr. Bitte verlassen Sie den Saal! Diese Worte wurden in den sturmbelebten Apriltagen von 1965 im Parlament der Dominikanischen Republik gesprochen. Sie waren an den Botschafter der USA, Tapley Bennett jr., gerichtet, der im Ton eines Ultimatums die aufständischen Offiziere aufgefordert hatte, den Kampf gegen die proamerikanische Junta Reid Cabras einzustellen. Die Tür wurde ihm von Oberst Francisco Caamaño gewiesen.

Offenbar hatte der Oberst nicht geahnt, welch große Rolle er bei den damals nahenden Ereignissen spielen sollte, die bald die ganze Welt veranlaßten, die Blicke auf seine Heimat, eine kleine Insel im Karibischen Meer, zu richten. Sohn und Enkel von Militärs, hatte er erst die dominikanische Militärakademie und später in Nordamerika die Militärschulen von Virginia und Kalifornien absolviert. Ursprünglich hatten er und seine Kameraden sich nicht allzuviel vorgenommen. Sie wollten im Land das Verfassungsregime von Präsident Juan Bosch wiederherstellen, der zwei Jahre vorher vom reaktionären Militärklüngel gestürzt worden war.

Die Ereignisse zogen aber immer weitere Kreise, und Oberst Caamaño wurde Führer des revolutionären Aufstandes des dominikanischen Volkes, das sich hinter die Gruppe der demokratisch gesinnten Offiziere stellte. Er gab Befehl, Waffen aus den Rüstkammern unter die Bevölkerung zu verteilen, um den Kreaturen des verhafteten Diktators Trujillo Widerstand zu leisten. Dieser Beschuß und die mutige Abfuhr, die er dem nordamerikanischen Diplomaten erteilte, der sich in Santo Domingo als Herr im Haus zu fühlen gewohnt war, machten Caamaño allgemein beliebt.

Mit einer überwiegenden Stimmenmehrheit wählte ihn der Nationalkongreß zum interimistischen Präsidenten der Republik.

Darauf landeten in Santo Domingo 40 000 amerikanische Marineinfanteristen. Es folgte der monatelange heldenhafte Widerstand der dominikanischen Patrioten, bei dem Oberst Caamaño die Führung innehatte.

Als die Interventen auf der Insel die Oberhand gewannen, war Caamaño schon weltbekannt, und sein Volk liebte ihn so sehr, daß die Sieger es nicht wagten, ihn um die Ecke zu bringen. Sie schickten ihn in ein ehrenvolles Exil: als Militärrattaché der dominikanischen Republik nach England.

Am 29. November gaben die westlichen Nachrichtenagenturen durch, daß Francisco Caamaño unter rätselhaften Umständen aus London verschwunden sei. Zum letztenmal war er dort am 1. September gesehen worden. Seine Verwandten ersuchten die Behörden, eine Fahndung einzuleiten. Diese führte aber zu nichts.

Was ist aus dem Führer der dominikanischen Konstitutionalistinnen geworden? Das fragten Journalisten Sprecher der dominikanischen Parteien, die zur Regierung des jetzigen Präsidenten, Joaquín Balaguer, in Opposition stehen. Die Antwort kann man kurz so fassen: Die dominikanischen Militärs haben angeordnet, daß Oberst Caamaño getötet wird, weil er 1965 das Volk mit bewaffneter Hand gegen sie in Schutz nahm.

Der Verdacht wird fast von allen Dominikanern und von den meisten ausländischen Beobachtern geteilt, die die Entwicklung in der Dominikanischen Republik verfolgen und denen die Praktiken der reaktionären Oligarchie dieses Landes bekannt sind.

Obwohl viele Tausend Kilometer von Santo Domingo im Exil und praktisch aus der politischen Tätigkeit ausgeschaltet, flößte Caamaño immer noch den Leuten Angst ein, die heute in der Do-

minikanischen Republik das Heft in der Hand haben. Der Führer der Konstitutionalistinnen ist derart beliebt, daß ihn voriges Jahr einige Parteien seines Landes ersuchten, für die Präsidentschaft zu kandidieren, wenn Balaguers Amtsdauer abläuft. Caamaño antwortete aus London, er werde heimkehren, sobald das Volk es verlange.

Seine Antwort jagte den herrschenden Kreisen in Santo Domingo einen gehörigen Schreck ein. Sie brachten im Parlament schleunigst ein Sondergesetz durch, laut dem ein dominikanischer Militär, der im Ausland dient, ohne Erlaubnis der Regierung nicht heimkehren darf.

Zweifellos wäre Caamaño die Heimkehr auch ohne das Gesetz nicht leichtgefallen, selbst wenn man ihn — in vollem Einklang mit der Verfassung — als Kandidaten für die Präsidentschaft aufgestellt hätte. Die Nordamerikaner, die in der Dominikanischen Republik rein alles überwachen, sie mit ihren militärischen und politischen Beratern überschwemmt und ihren Vertrauensmann — einen ehemaligen Privatsekretär des Diktators Trujillo — zum Präsidenten gemacht haben, hätten nichts unversucht gelassen, um das Eintreffen des für sie so gefährlichen Obersten in Santo Domingo zu verhindern.

Dennoch glaubten die jetzigen Herren der Dominikanischen Republik, die Rückkehr des beim Volk beliebten Führers unter Umständen nicht vereiteln zu können.

Die Geschehnisse von 1965 sind nämlich an der Dominikanischen Republik nicht spurlos vorübergegangen. Wie ein Korrespondent der New Yorker Zeitschrift *Liberation*, James Petras, der dort war, schrieb, ist die „soziale und politische Atmosphäre“ für die Behörden in Santo Domingo „nach wie vor explosiv... Das Wiederaufkommen der früheren herrschenden Klasse und die

Wiederherstellung und Stärkung der alten, auf Raub erpichten Militär- und Kapitalistenkaste durch die Vereinigten Staaten können einen neuen Zusammenprall nur begünstigen.“ Dieser Ansicht sind auch andere Journalisten, die in der Dominikanischen Republik waren. Pete Hamill von der *New York Post* schrieb: „Es ist unruhig in Santo Domingo. Die Lage hier kann man mit zwei Worten umschreiben: Es gärt.“

In der Tat, nach den Gefechten gegen die nordamerikanische Marineinfanterie sind die antiimperialistische Einstellung und die linken Tendenzen im Land viel stärker geworden. In einigen Oppositionsparteien ist an die Stelle der alten, gemäßigten Führung eine neue aus jüngeren, energischeren und kampfwilligeren Leuten getreten, die sich auf keinerlei Kompromisse mit der Regierung Balaguer einlassen wollen. Das gleiche hat sich in den Gewerkschaften ereignet, deren Mitgliedschaft in den

letzten beiden Jahren auf das Fünffache angewachsen ist.

Was die einfachen Dominikaner denken, läßt ein Satz erkennen, den ein 42jähriger Bewohner des Viertels Puerto Nuevo zu einem Berichterstatter der *New York Post* gesagt hat, nämlich:

„Voriges Mal hätten wir beinahe gesiegt. Und wir hätten gesiegt, wenn die nordamerikanische Marineinfanterie nicht gekommen wäre... Dieses Mal werden wir vorbereitet sein.“

Unter solchen Umständen hängt viel von einem Führer ab, der beim Volke beliebt ist. Am gefährlichsten in diesem Sinne ist in den Augen der dominikanischen Oligarchie und ihrer Schutzwirte aus den USA Francisco Caamaño. Deshalb hat man allen Anlaß zu vermuten, daß er verschleppt worden ist.

Das wird auch durch andere Umstände bestätigt. Jeder Verbrecher hat be-

kanntlich seinen eigenen Stil. Der militärische Geheimdienst Trujillos, der unter der Regierung Balaguer weiter funktioniert, ist schon längst dafür berüchtigt, politische Gegner der herrschenden Elite von Santo Domingo zu verschleppen und umzubringen.

Schon 1935 wurde ein angesehener Politiker, der ehemalige Kriegsminister Bencosme, in seiner New Yorker Wohnung „unter ungeklärten Umständen“ ermordet. Im Jahre 1952 ereilte dasselbe Los Andrés Reguena, der viele Verbrechen des Diktators enthüllt hatte. 1956 erregte der Fall Galindez in ganz Lateinamerika und in den USA Aufsehen, ein Fall, in dem man unwillkürlich eine Parallele zu dem rätselhaften Verschwinden Caamaños sieht.

Prof. Jesús de Galindez von der Columbia University wohnte lange in Santo Domingo und schrieb ein Buch mit Enthüllungen. Dessen Titel sollte „Die Ara Trujillos“ lauten. Am 12. März 1956 verschwand er plötzlich nach einer Vorlesung. In der Presse vieler Länder der westlichen Halbkugel löste der Fall einen wahren Sturm aus. Die Zeitungen brachten unwiderlegbare Indizien dafür, daß Galindez von Agenten des dominikanischen Geheimdienstes gefaßt und in einem Kessel des Dampfers verbrannt worden war, der zwischen New York und Santo Domingo verkehrte. Genannt wurden vier Teilnehmer dieses Verbrechens (die übrigens später alle von Trujillo liquidiert wurden, der siebenhaft die Spuren des Verbrechens zu verwischen suchte). Von der Justiz ist nicht geklärt worden, unter welchen Umständen Prof. Galindez den Tod gefunden hat. Aber jeder wußte, wem er zum Opfer gefallen ist. Ein Assistent des Staatsanwalts von Groß-New-York namens Greymore erklärte: „Ich bin überzeugt, daß Agenten der Dominikanischen Republik Jesús de Galindez aus politischen Gründen verschleppt und ermordet haben... Wir haben sorgfältig nach anderen Beweggründen gesucht und keine gefunden...“

Im November 1967 leitete as-Shaabi die Delegation der Nationalen Befreiungsfront bei den Genfer Verhandlungen mit Vertretern Englands über die Fragen, die die Gewährung der Unabhängigkeit an Südarabien betrafen.

Wie Qahtan as-Shaabi in seinen letzten Reden erklärt hat, läuft die Politik der Regierung auf positive Neutralität und Blockfreiheit; Erzielung der Einheit mit den anderen arabischen Ländern, Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung und Errichtung einer neuen, auf den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus beruhenden Gesellschaft hinaus. Dabei wird sich die Regierung auf die werktätigen Volkskräfte stützen.

Alle ehrlichen Menschen haben die Pflicht, die Behörden von Santo Domingo und London über die Umstände zur Rechenschaft zu ziehen, unter denen Francisco Caamaño verschwunden ist, ein Mann, der von der ganzen fortgeschrittenen Welt hoch geachtet wird.

P. Orlow

Biographisches

Qahtan as-Shaabi

Als am 30. November 1967 die Volksrepublik Südjemen als unabhängiger Staat ausgerufen wurde, war die fast 129jährige Kolonialherrschaft Englands über das Gebiet Südarabiens zu Ende. Erster Präsident und Minister-



Präsident der Republik wurde Qahtan as-Shaabi. Zugleich ist er zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Republik ernannt worden.

As-Shaabi wurde 1920 in dem an Aden grenzenden Sultanat Lahej geboren. Nachdem er in Aden zur Schule gegangen war, studierte er in Khartum (Sudan) Landwirtschaftsingenieur. In Lahej war er Direktor des Landwirtschaftsdepartements. Damals begann seine Tätigkeit gegen das britische Ko-

INTERNATIONALE UMSCHAU

USA

Zornige Kongreßleute

Über Präsident de Gaulles Worte, daß „die Amerikaner manche unserer Freunde an sich reißen“, ist man jenseits des Atlantiks, namentlich im Kongreß der USA, sehr erbost.

Kongreßleute gingen sofort daran, Pläne für eine „Bestrafung“ Frankreichs aufzustellen. So forderte der demokratische Senator Robert Byrd, das Weiße Haus und das Staatsdepartement sollten eine eventuelle „Sperrung der französischen Guthaben“ in den USA erwägen. Lester Wolf, ein Mitglied des Repräsentantenhauses, hat verlangt, daß amerikanischen Touristen der Besuch Frankreichs verboten wird und daß amerikanische Luftfahrtgesellschaften ihre Pläne aufgeben, in Frankreich für den Personenverkehr eine Concorde-Maschine anzukaufen. Der Kongreßmann Wayne Hays hat vorgeschlagen, den Import aus Frankreich zu sperren, und sein Kollege Abraham Multer hat gefordert, daß der Zoll auf französische Waren um 50 Prozent erhöht wird. Kurz: An Racheplänen herrschte kein Mangel.

Vorläufig ist unbekannt, welcher dieser Pläne ausgeführt werden wird. Das Weiße Haus hat es abgelehnt, sich offiziell zu de Gaulles Erklärung zu äußern. Eins aber ist klar: Die zornigen Kongreßleute sagen nicht nur ihre private Meinung.

Sie malen den Teufel an die Wand

„Es sieht danach aus, daß die Amerikaner viel mehr von Verschwörern und Hetzern zu hören bekommen werden“, schrieb am 13. November die Zeitschrift *U. S. News & World Report*.

Amerikanische Zeitungen und Zeitschriften schreiben, daß in Washington die Untersuchungsmaschinerie einsatzbereit gemacht worden ist, die noch aus der Zeit stammt, als der McCarthyismus auf Hochtouren lief. Der ständige Unterausschuß des Senats für Untersuchungen hat bekanntgegeben, daß er darübergegangen ist, sich „Klarheit“ über die texanischen Studentenunruhen vom vergangenen Sommer zu verschaffen. Die Untersuchungskommission des Repräsentantenhauses für unamerikanische Befähigung hat ihre ersten Sitzungen abgehalten, um, wie die *New York Times* schreibt, herauszubekommen, „welche Rolle die Kommunisten bei den Negerunruhen vom vorigen Sommer gespielt haben“. Auch das sogenannte Amt zur Überwachung subversiver Tätigkeit wird wieder reger. Die Instanz, die 1950 zur

Zwangseintragung der Kommunisten gebildet wurde, stellt ihre Tätigkeit faktisch ein, nachdem das Oberste Gericht diese Eintragung für verfassungswidrig erklärt hatte. Jetzt hat der Senat, obwohl die Aufwendungen für den Staatsapparat sonst stark gekürzt worden sind, mit Stimmenmehrheit den Fortbestand dieser überflüssigen Stelle auf ein weiteres Jahr beschlossen und rund 300 Millionen Dollar für sie bereitgestellt.

Die Hauptrolle bei der jetzigen Kampagne ist aber dem Unterausschuß des Senats für innere Sicherheit übergegeben worden, dem ein eifriger Gefolgsmann Joseph McCarthy, Senator Eastland, vorsteht. Der Unterausschuß hat einen Beschuß gefaßt, der, wie die *New York Times* schreibt, „eigentlich ein Freibrief auf die Jagd nach subversiven Elementen in praktisch allen heute bestehenden Organisationen ist, die mit der Politik der Regierung nicht einverstanden sind“.

Was die Kampagne soll, ist klar: Sie soll eine Angst erregen, wie sie zur Zeit McCarthys herrschte, und Repressionen drohen, damit das Volk der USA davon abgeschreckt wird, sich an der Fortschrittsbewegung zu beteiligen, die in letzter Zeit außergewöhnlichen Umfang angenommen hat.

WESTDEUTSCHLAND

Polizisten und Diebe

Schon lange werden Dokumentationen über aktuelle Probleme der Außen- oder

Innenpolitik eines Landes Weiß-, Blau-, Rot- oder Braunbücher genannt. Gewöhnlich werden sie von Regierungen oder großen Weltorganisationen herausgegeben. In der Bundesrepublik erschien Anfang November ein Schwarzbuch nicht der Regierung, sondern der Gewerkschaft der Polizei.

Der Untertitel spricht Bände, er lautet: „Kapitulation vor dem Verbrechen“. Die Ordnungshüter beklagen sich, daß ihnen die organisierte Unterwelt über den Kopf wächst und daß sie allein mit der zunehmenden Kriminalität nicht mehr fertig werden. Ihre Ohnmacht erklären die Verfasser des Schwarzbuches mit der Unorganisiertheit, schwachen Besetzung und mangelhaften technischen Ausrüstung der Kriminalpolizei. Im vorigen Jahr wurden in der Bundesrepublik zwei Millionen Verbrechen polizeibeobachtet, während die Kriminalpolizei nur 15 000 Beamte hat. Sie fahndet nach rund 100 000 Verbrechern, kommt aber nur wenigen auf die Spur.

Die Lage muß schon wirklich kritisch sein, wenn die Polizei nach einer so ungewöhnlichen Methode wie der Herausgabe eines Schwarzbuches greift. Dieses kann aber gar nicht die wirklichen Gründe dafür angeben, warum in Westdeutschland die Kräfte im Kampf gegen die Kriminalität so ungleich sind. Sie sind es, weil man in Bonn zu sehr damit beschäftigt ist, fortschrittliche Menschen zu spionieren und zu verfolgen. Damit befassen sich viele Tausend Beamte und Geheimagenten der poli-

In der „freien Welt“



Arzt zum Patienten: „Ich teile Ihre Besorgnis über Inflation, deshalb habe ich beschlossen, mein Honorar zu erhöhen.“

Fischetti, International Herald Tribune, USA

Yankees in Südvietnam



„Außer mir sind in meiner Familie alle arbeitslos...“

Fischetti, International Herald Tribune, USA

schen Fahndung, und dafür gibt man Unsummen aus. Zur Bekämpfung der Kriminalität aber hat man weder Geld noch Polizeikräfte genug.

WESTBERLIN

Ein Appell des Bürgermeisters

Der neue regierende Bürgermeister von Westberlin, Klaus Schütz, appellierte Ende November dringend an die westdeutschen Unternehmer, mehr in Berlin zu investieren.

„Das ist zur Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungskraft der Stadt notwendig“, sagte er zu Journalisten.

Schütz weiß natürlich, daß man bei den Kapitalisten mit einem Appell allein nichts ausrichten kann, und hat deshalb hinzugefügt:

„Ich will ihnen klar machen, daß man in Berlin Geld verdienen kann.“

Wie kommt es, daß der Bürgermeister sein Amt mit einem Hilferuf antreten mußte? Eine Erklärung findet sich in der amerikanischen Zeitschrift **U. S. News & World Report** vom 4. Dezember, in einem langen Beitrag über Westberlin, das die Zeitschrift eine kranke Stadt nennt. Da liest man: Sei Westberlin noch vor ein paar Jahren ein „Schaukasten des Westens“ gewesen, so verschlechterte sich jetzt „seine wirtschaftliche Lage, und es hat politische Schwierigkeiten... Die Einwohnerzahl Westberlins nimmt jedes Jahr um etwa 20 000 Personen ab. Handelshäuser verlassen die Stadt. Die Industrie produziert immer weniger. Der Produktionsindex lag, wenn man den Stand von 1958 als Aus-

gangspunkt nimmt, im August 1966 bei 148 und im August d. J. bei 139. Die Bestellungen sind um 7 Prozent geringer als im Vorjahr, und das Gesamtprodukt Westberlins wird dieses Jahr um rund 25 Millionen Dollar kleiner als 1966 sein.“

Die Zeitschrift fährt fort, daß vor allem die Jugend nicht in Westberlin bleiben will und daß es deshalb „vergreist“.

SPANIEN

Die Beitragsgebühr

Der spanische Außenminister, Fernando María Castiella, stattete Anfang Dezember Paris einen offiziellen Besuch ab

**Immer auf dem laufenden
über das Zeitgeschehen
Hält Sie die
„Neue Zeit“
Abonnieren Sie die
„Neue Zeit“
für 1968**

und kam mit Präsident de Gaulle und anderen französischen Staatsmännern zusammen. Nach Kommentaren der französischen und der spanischen Presse zu urteilen, hatte der Besuch nichts mit dem Protokoll zu tun.

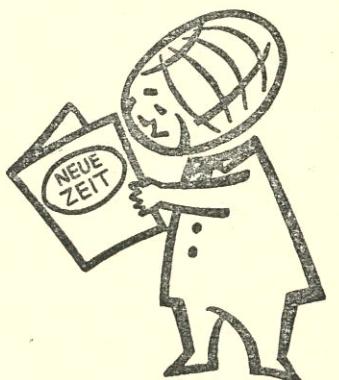
Castiella kam als Geschäftsreisender der Franco-Regierung nach Paris, um zu sondieren, ob Spanien sich mit der EWG assoziieren könnte. Das ist schon lange der Traum Madrids, das jetzt besonders die Folgen der Wirtschaftsflaute in Spanien fürchtet. Unlängst mußte es seine Währung abwerten, was die Werktägler schwer trifft.

Die Abwertung wurde durch einen sogenannten Sparplan ergänzt, laut dem der Verbrauch im Land eingeschränkt und den Fabrikbesitzern das Recht gegeben worden ist, abzubauen und die Löhne bis 1969 zu stoppen, so daß die Arbeitslosigkeit anwachsen wird. Die Preise indessen steigen und der Lebensstandard sinkt.

Die Franco-Regierung will sich durch einen Anschluß an die EWG aus der Patsche helfen, aber die meisten EWG-Mitglieder haben keine große Lust, den Franco-Staat unter sich zu sehen.

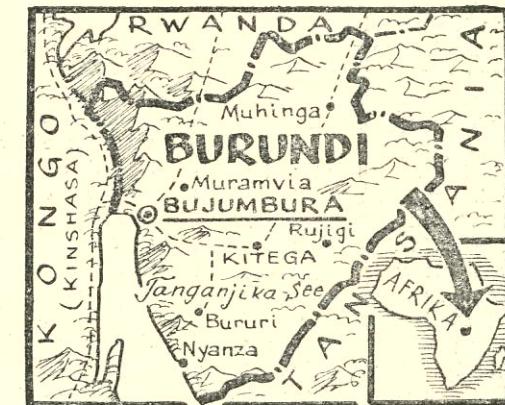
Der westlichen Presse zufolge wollte Castiella in Paris für eine Revision des im September 1968 ablaufenden spanisch-amerikanischen Verteidigungsvertrags Frankreichs Unterstützung einhandeln. Bei dem Verhältnis zwischen Madrid und Washington ist es aber sehr ungewöhnlich, daß die Revision ernst gemeint ist. Eher spekuliert die Franco-Diplomatie auf den zunehmenden Drang einiger westeuropäischer Länder, eine selbständige Außenpolitik zu betreiben.

Daher der Versuch, etwas damit herauszuschlagen, daß man die Absicht mimt, sich von den USA unabhängig zu machen.



Burundi: Land und Leute

Von unserem
Sonderkorrespondenten
Viktor Sidenko



Bujumbura, die Hauptstadt von Burundi, liegt am Tanganjika-See, dessen Umrisse denen eines Krokodils ähneln. Die Stadt verdankt dem See ihr Entstehen. Sie wurde 1899 gegründet. Wie uns ein Fremdenführer erklärte, bedeutet der Name Kartoffelmarkt. Mit der Zeit gewann Bujumbura als wichtiger Handels- und Verkehrsknotenpunkt am Tanganjika-See sehr an Bedeutung und besitzt sie heute nicht nur für Burundi, sondern auch für die östlichen Gebiete von Kongo und für Rwanda.

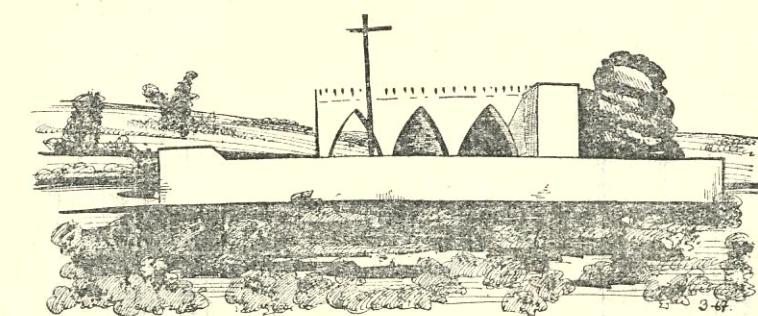
Als wir in Burundi ankamen, war gerade der Kaffee geerntet. Um diese Zeit geht es im Hafen besonders lebhaft zu. Selbst an den Sonntagen werden Säcke mit geschältem Kaffee in die Schiffe verladen. Der dortige Arabika-Kaffee zählt zu den besten Sorten der Welt. Fast der ganze Ertrag wird von den USA aufgekauft. Er macht mehr als die Hälfte des Landesexports aus.

In Bujumbura kann sich der Fremde schwer zurechtfinden, die Straßen bilden ein wahres Labyrinth. Die beste Vorstellung von der Stadt bekommt man vom Kiriri-Berg aus, der Bujumbura gleichsam nach Nordosten hin deckt. Dort steht ein Denkmal des Nationalhelden Louis Rwagasore, eine Granitmauer mit drei Spitzbögen und davor ein hohes Kreuz. Die Stätte ist jedem Landesbewohner heilig, ebenso wie Rwagasore selbst, der im Jahre 1961 von politischen Gegnern ermordet wurde. Nach ihm sind die Jugendorganisation der Regierungspartei sowie Straßen und Schulen benannt. Sein Bild hängt in allen öffentlichen Gebäuden und Anlagen. Vor dem Denkmal werden Demon-

strationen und Kundgebungen veranstaltet, und viele kommen einfach, um den Nationalhelden zu ehren. Neben dem Denkmal befindet sich ein großes, mit Steinen gepflastertes und mit Blumen bepflanztes Plateau, das eine gute Aussicht über die Stadt bietet.

Bujumbura ist groß und belebt. Auf den Straßen sieht man viele Wagen, und es gibt sogar ein städtisches Verkehrswesen, dessen schwerfällige Autobusse die Fahrgäste vom einen Ende der Stadt zum anderen befördern. Typisch ist die Unmenge von Straßenhändlern. Außer den hauptsächlich für Touristen bestimmten Waren wie Tamtam, selbstgebauten Musikinstrumenten, Speeren, Glasperlen, Leopardenfellen und Schlangenhäuten bekommt man bei ihnen auch einen Teller Erdbeeren, japanische Pflaumen, Johannisbeeren und anderes Obst, das für das tropische Afrika ebenso exotisch wie Kokosnüsse und Ananas für Europa ist.

In der Umgegend der Stadt sind einige geschichtliche Denkwürdigkeiten erhalten geblieben. So erhebt sich am



Das Rwagasore-Denkmal

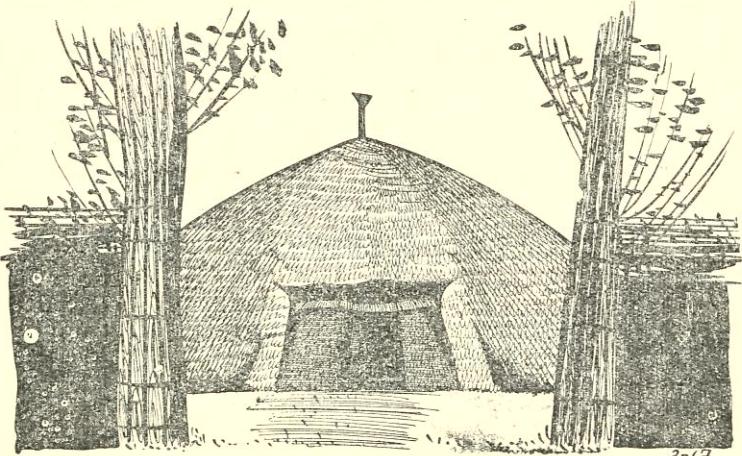
Wir fahren nach Kitega

Kitega, die alte Landeshauptstadt, sieht eher wie ein Dorf aus. Hier stehen noch deutsche Bauten aus der Zeit, als Burundi zum sogenannten Deutsch-Ostafrika gehörte. Am meisten sticht unter diesen Bauten ein großes Backsteingefängnis hervor.

Mehrere Kilometer weiter, in dem Städtchen Muramvia, steht das Schloß des Mwami, des Königs. Es sieht aber gar nicht wie ein Schloß aus, sondern besteht aus mehreren landesüblichen Hütten, die von einem Bambuszaun umgeben sind. Die Räume sind mit Matten voneinander getrennt, und das ganze Mobiliar besteht aus Holzliegen. Die ovalen Eingänge der Hütten sind sehr niedrig, so daß sich ein Untertan, der zum König kam, tief verbeugen mußte. Neben dem Schloß erhebt sich ein Betonbau, der an einen Bunker erinnert. Er war für geheime Beratungen da, und niemand, der nicht aus dem königlichen Hause war, durfte ihn betreten.

Die Monarchie von Burundi war eine der ältesten Afrikas. Nach einer Legende soll der erste König ein kühner Jäger gewesen sein, der mit einem Schlag seines Kriegsbeils einen in einer Höhle des Nyamigango-Waldes haussenden Löwen zur Strecke brachte. Der Jäger wurde Ntare I. genannt und herrschte unter diesem Namen viele Jahre über Burundi, einen Staat, in dem er kleine Fürstentümer zusammenfaßte. Die Historiker meinen, er habe gegen Mitte des 18. Jahrhunderts regiert. Es war Sitte, daß die Könige einen von vier dynastischen Namen trugen, sie hießen Ntare, Mwezi, Mutaga oder Mwambutsa und die Kronprinzen Batare, Bezi, Bataga oder Bambutsa.

Neben dem König galt der Karienda, der Hüter der heiligen Trommel, als Träger der obersten Gewalt. Er war sozusagen der oberste religiöse Häuptling. Der Thron stützte sich auf den Adel, die Ganwa.



Eine königliche Hütte in Muramvia

Der vorletzte König von Burundi war Mwambutsa IV. Er bestieg im Jahre 1915, als er erst 13 Jahre alt war, den Thron und herrschte 51 Jahre, bis Mitte 1966.

Die Umstände, unter denen er dem Thron entsagte, sind recht pikant. Als er einmal zur Erholung in der Schweiz war, lernte der alte Herr in Genf eine 32jährige französische Stripteaseuse kennen, die im Nachtclub Ba-Clan auftaute. Die brünette Josy Vellecour bezauberte den alten Monarchen, und er machte sie zu seiner Privatsekretärin. Bald darauf reisten die beiden nach Burundi ab, aber der ungekrönte König gefiel es dort nicht, und sie stellte ihn vor die Alternative: Entweder ich oder die Königswürde. Nach einem Schwanken entschied sich der Mwami für Josy, und sie kehrten zusammen nach der Schweiz zurück, wo sie noch heute leben.

Da trat ein neuer Mann auf den Plan, der 19jährige Prinz Charles, der gerade in Europa sein Abitur gemacht hatte. Er vollführte einen Staatsstreich, stellte seinen Vater kalt und legte sich am 1. September 1966 den Titel Mwami und den Namen Ntare V. zu, worauf er den Thron bestieg. Aber schon am 28. November 1966 wurde dieser letzte Mwami gestürzt. Am selben Abend sprach im Radio Bujumbura der 26jährige Hauptmann Michel Micombero, der bis dahin die Obliegenheiten des Ministerpräsidenten versehen hatte, und gab bekannt, daß die Macht an ein Nationales Revolutionskomitee übergehe.

Die Republik wurde in Burundi fast ohne Wehen geboren, so klar waren sich alle über das krasse Mißverhältnis zwischen der veralteten sozialen und politischen Struktur des Landes einerseits und der Notwendigkeit seiner nationalen Wiedergeburt und Fortentwicklung andererseits. Die regierende Spitzenschicht war zu tief in Hofintrigen und Korruptionsaffären verstrickt, als daß sie sich damit hätte abgeben können.

Das Kastenwesen und die Abkapselung nach Stämmen waren hier viel weniger ausgeprägt als in Rwanda und einigen anderen Ländern Afrikas. Die Bevölkerung ist stark gemischt, und man trifft heute in Burundi nur selten einen echten Tutsi oder Hutu. Selbst in den Adern der ehemaligen Könige, die zum Tutsi-Stamm gehörten, soll auch Hutu-Blut geflossen sein. Damit erklärt es sich zum Teil, warum viele Bewohner Burundis nicht genau sagen können, welcher ethnischen Gruppe sie eigentlich angehören.

Sie haben eine gemeinsame Kultur, eine gemeinsame Sprache — das Kirundi —, gemeinsame Sitten und Bestrebungen. Allerdings sind noch Kräfte vorhanden, die die national-ethnische Rivalität und Feindschaft wieder auflösen lassen möchten. Vor einiger Zeit versuchten nationalistische Hutsu — hohe Offiziere —, von außen her aufgehetzt, zu putschen, das gelang ihnen aber nicht, weil die Massen nicht mithielt.

Das Saint-Esprit-Collège steht auf dem Kiriri-Berg, neben dem Rwagasore-Denkmal. Es stellt einen Komplex schöner moderner Bauten dar, in denen sich Hörsäle, bequeme, gut eingerichtete

Studentenheime und Sporthallen befinden. Auch Sportplätze sind vorhanden. In einem Hörsaal machte uns der stellvertretende Rektor des Collèges, Herr Schollar, der uns begleitete, auf Kugelspuren an der Decke aufmerksam. Er sagte, kurz vor der Aufhebung der „Treuhandschaft“, im Jahre 1962, seien randalierende belgische Soldaten dagewesen und hätten zum Spaß an die Decke geschossen. Das war ihr Abschied von diesem Land.

Jeder, der in Afrika war, weiß, daß es nicht so einfach ist, Bekanntschaften zu schließen und mit den Afrikanern eine gemeinsame Sprache zu finden, denn für den Europäer sind die dortigen Sitten und Bräuche zu ungewöhnlich. Es gibt aber in Burundi eine wunderwirkende Geste, bei der sich sofort alle Herzen öffnen. Man braucht zum Gruß nur die rechte Hand mit drei ausgestreckten Fingern zu heben, dann lächelt jeder Afrikaner, und seine Augen leuchten erfreut auf.

Man hat uns diese Geste folgendermaßen erklärt: Jeder erhobene Finger bedeutet einen Teil der dreifachen Lösung, die in der Kirundi-Sprache so lautet „Ubumwe—ibikorwa—amajambere“ (Einheit—Arbeit—Fortschritt). Sie ist so beliebt, daß man sie auf Schritt und Tritt hört und sieht. Sie steht auch auf dem Denkmal Rwagasores, der sie geprägt haben soll, ebenso an Häusermauern, auf Abzeichen und sogar auf Männerhemden.

Wie wird sie in die Tat umgesetzt?

Burundi ist von Tutsis, Hutes und Twas bevölkert. Wenn man aber einen Landesbewohner nach seiner Nationalität fragt, dann antwortet er stolz: „Ich bin Burundier.“ Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl ist für die heutige Sachlage in nationaler Hinsicht charakteristisch.

Zur Zeit beschäftigen wir uns hauptsächlich damit, die Landwirtschaft zu fördern. Wir haben da zwei Aufgaben: die Agrarproduktion zu steigern und der Monokultur ein Ende zu bereiten.“

Bei der Förderung der Landwirtschaft ist der soziale Faktor sehr wichtig. Im Mai wurde mit dem Beistand der Regierung ein Kaufmannsverband von Burundi gegründet. Wenn der wichtigste Exportartikel, der Kaffee, und auch die anderen Erzeugnisse früher von ausländischen Kaufleuten aufgekauft wurden, die die Bauern schonungslos ausplünderten,

derten, so hat jetzt der Verband den Aufkauf übernommen. Dadurch fließt der Gewinn aus dem Weiterverkauf des Kaffees nicht mehr ins Ausland, sondern bleibt in Burundi.

Auch die Ankaufspreise für Kaffee sind unter Kontrolle gestellt worden. Sie werden vom Dienst für technische Nutzpflanzen vor der Ernte festgesetzt und den Bauern durch Rundfunk mitgeteilt.

„Nächstes Jahr wollen wir anfangen, Produktions- und Absatzgenossenschaften zu gründen“, sagt Rwamavubi. „Die Verhältnisse bei uns haben allerdings ihre Eigenart: Das ganze Land liegt auf Hügeln, die Leute haben kleine Rugs“ (Höfe), „die ziemlich weit voneinander entfernt liegen. Wir glauben aber, daß diese Schwierigkeiten überwunden werden können. Aktuell ist in letzter Zeit auch eine Bodenreform. Die Bodenverhältnisse sind in unserem Land sehr verworren und entsprechen nicht den Aufgaben, die wir zu erfüllen haben. Schon ist eine Kommission gebildet worden, die das Projekt für die Bodenreform aufsetzen soll. Ihr Leiter ist der Landwirtschaftsminister. Im Brennpunkt der Reform steht die Umverteilung des Bodens und die Ausmerzung der feudalen Überbleibsel.“

Ich fragte Herrn Rwamavubi u. a., in welcher Richtung die jetzige Regierung das Land wirtschaftlich und sozial zu entwickeln gedenkt. Er antwortete:

„Wir sprechen nicht gern über unsere Absichten, ehe wir nicht genau wissen, ob sie ausführbar sind. Ich kann Ihnen nur sagen, daß wir uns für den Sozialismus entschieden haben. Das hat zum ersten Mal Präsident Micombero am 1. Juli 1967 in einer Rede gesagt. Unter Sozialismus verstehen viele von uns nicht den senghorischen oder afrikanischen, sondern einen Sozialismus, der auf einer wissenschaftlichen Weltanschauung beruht.“

Das Gespräch darüber, wie sich Burundi entwickeln soll, wurde im Haus der Nation gleichsam fortgesetzt, das

in der Patrice-Lumumba-Straße im Stadtzentrum steht. Es ist ein leichter, moderner Bau mit Basreliefs, einer der schönsten der Stadt, in dem Versammlungen und Kundgebungen abgehalten werden. Hier trafen sich Funktionäre der Uprona-Partei mit den Delegierten des Sowjetischen Verbandes der Freundschaft mit den Völkern Afrikas.

Am aufschlußreichsten war das Gespräch über ein Problem, das für Burundi das aktuellste ist, nämlich darüber, wie die Uprona beschaffen sein soll. Sie galt auch unter der Monarchie als Regierungspartei. Nur war sie damals amorph und hatte kein bestimmtes politisches Programm. Außerdem war sie von Gruppenkämpfen zerrissen und mußte nach der Revolution umgestaltet werden.

Zur Diskussion steht, ob die Uprona die Rolle einer Avantgarde spielen soll, die die Massen zu führen vermag, oder ob sie, um ausgedehntere Verbindungen mit dem Volk zu haben, den Charakter einer gesamtnationalen Front ohne fest umrissenes Programm und ohne strenge Parteidisziplin haben soll. Die Anwesenden waren verschiedener Meinung. Manche befürchteten, falls sie eine Avantgarde sei, würde sie sich von den Massen losreißen und zu einer Schicht von Parteibürokraten werden. Man sehe ja, daß das in einigen Ländern Afrikas zu einer greifbaren Gefahr werde.

Der Generaldirektor des Außenministeriums, Kidwimgira, führte dagegen folgendes an:

„Die Erfahrungen aus der revolutionären Entwicklung zeigen, daß wir einen leitenden Kern brauchen, der das Volk richtig orientieren kann. Nehmen wir die Sowjetunion! Als dort die Revolution stattfand, konnte man nicht sagen, daß die ganze Masse des Volkes klassenbewußt war und die Situation richtig erkannte. Hätte man deshalb etwa die Revolution bis in alle Ewigkeit aufschieben sollen? Nein, denn die Volksmassen hatten an der bolschewistischen Partei eine tüchtige Führung. Die Bolschewiki wußten um die Nöte des Volkes, und das Volk hatte Vertrauen zu ihnen. Deshalb folgte es seiner Avantgarde auf die Barrikaden der Revolution. Aber auch als Avantgarde darf sich die Partei nicht von den Massen lösen, muß sie eng mit ihnen verbunden sein und bei ihnen ein sozialistisches Bewußtsein wecken.“

Bei dieser Zusammenkunft, die bis spätabends dauerte, haben wir über vieles gesprochen. Wir kamen aber immer wieder darauf zurück, wie sich Burundi und ganz Afrika im weiteren entwickeln werden. Bei dem Treffen im Hause der Nation konnte man sich nochmals davon überzeugen, daß sich das fortschrittliche politische Denken in Afrika durchsetzt und dort immer mehr Anhänger gewinnt.



Ein Nationaltanz

Zeichnungen von B. Saizew

Neubelgrad

Der Architekt Milutin Glavićka fragte mich:

„Sind Sie zum erstenmal in Belgrad?“
Ich sagte ja.

„Dann wollen wir uns nach einer Stelle aufmachen, von der aus die ganze Stadt zu sehen ist.“

Wir traten aus dem Architektur-Institut hinaus auf den Revolutionsboulevard. Es war erst 7 Uhr morgens, aber Belgrad war schon wach. In allen

Richtungen fuhren Wagen, an den Haltestellen der Straßenbahn standen Wartende,

die Cafés wurden geöffnet, und Kellner stellten auf dem Gehsteig Tische und Korbstühle auf. An den Straßenekken riefen die Zeitungshändler Neuigkeiten aus, und vor dem Hotel „Moskau“ nahmen ausländische Touristen, mit Foto- und Filmkameras beladen, in komfortablen Putnik-Autobussen Platz.

Durch die Fürst-Michael-Straße, die wichtigste Geschäftsstraße Belgrads, gelangten wir zu den Platanenalleen des Kalemegdan. Hier, wo die Save in die Donau mündet, stehen auf einem hohen Felsen die Türme und Mauern einer mittelalterlichen Burg, aber Glavićka würdigte sie keines Blickes.

„Die Altertümer werden Sie sich ein andermal ansehen. Jetzt wollen wir zum Sieger gehen.“

Am Rand des Felsens erhebt sich ein Granitobelisk, den ein bronzerne, auf sein Schwert gestützter siegreicher Soldat krönt. Von dort aus sieht man ganz Belgrad, angefangen von den in Stein gekleideten Kais der Save und der Donau bis zur Chaussee nach Smederevo. Über den vom Alter nachgedunkelten Dächern alter Bauten erkennt man unweit des Platzes der Republik mit seinen wunderbaren Springbrunnen deutlich mehrere Hochhäuser.

„Es hat uns größte Mühe gekostet, für sie Platz zu finden“, sagt Glavićka. „Im Weichbild der Stadt ist jeder Fußbreit Boden schon bebaut. Nach dem Krieg hat sich die Einwohnerschaft Belgrads mehr als verdreifacht. Bis 1980 werden noch 300 000 Einwohner hinzukommen. Mit denen der Vororte sind es eine Million. Für Neubauten ist in der Stadt

einfach kein Platz mehr. Wir haben alle unsere Bauprojekte dahin verlegen müssen, wo man sich nicht beengt fühlt. Wir brauchen viel Platz für einen neuen Stadtkomplex, dem keiner von den Mängeln der früheren, chaotischen Bauweise anhaftet und der ganz den Anforderungen des modernen Städtebaus entspricht. Neubelgrad wird drüber, am linken Save-Ufer, gebaut.“

Vom Kalemegdan-Felsen aus kann man jenseits der breiten Save-Schleife genau die Bauensembles von Neubelgrad erkennen. Zwei Brücken über die Save verbinden das neue Stadtviertel mit den Hauptstraßen.

Drüben, jenseits der Save, stehen die Häuser nicht gedrängt. Wie mit dem Lineal gezogen, durchquert der Fahrdamm des Lenin-Boulevards das ganze Neubauviertel. Zu beiden Seiten des Boulevards stehen die höchsten Bauten. An der Sonne glitzern die 26 Fensterreihen des Gebäudes, in dem das ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens seinen Sitz hat. In der Nachbarschaft erheben sich andere öffentliche Gebäude und die Wohnhäuser einiger Kleinstbezirke, zwischen denen Raum für Bäume und Blumenbeete gelassen ist.

„Sehen Sie, so war es hier, als wir mit unserem Generalplan für Neubelgrad herkamen!“

Glavićka holt ein Foto aus seiner Aktentasche: eine von Riedgras bestandene sumpfige Niederung, auf der hie und da dürftige Bäume wuchsen.

„Wollen Sie wissen, wie der Morast in erstklassiges Baugelände verwandelt wird?“

Wir stiegen zur Brücke hinunter und gingen ans linke Save-Ufer. Neben einem vor kurzem seiner Bestimmung übergebenen Neubaublock bereiteten Bauarbeiter das Fundament für weitere Häuser vor. Längs eines Stückes Odland, wie wir es soeben auf dem Foto sahen, hatten sie ein Rohr gelegt, aus dem ein dicker, sandiger Brei floß. Der Saugbagger lag weit draußen auf der Donau und pumpte Sand auf das künftige Baugelände. Auf dem sumpfigen Grund bildeten sich Dünen. Eine Planierraupe und

eine Walze plätteten diese glatt, und so entstand fester Boden.

Sieben Millionen Raummeter Sand werden die Bauarbeiter aus der Donau ans linke Save-Ufer pumpen, um hier die neue Stadt zu bauen. Wo schon Belgrader Einzug gehalten haben, sind die Bürgersteige von dünnen Pappeln und Kastanienbäumen gesäumt. Für sie hat man eigens fruchtbaren Boden angefahren und in einer dicken Schicht über die vier Meter starke Sandunterlage gebreitet.

In Neubelgrad stehen die Wohnhäuser 60 Meter von den Fahrdämmen entfernt, so daß der Verkehrslärm nur gedämpft herüberklingt. In jeder Wohnung kann man die Fenster selbst in den Spitzenzeiten aufmachen, wenn man sich im Zentrum, sagen wir auf der Balkan- oder der Französischen Straße, vor dem Brausen der Wagen nicht zu retten weiß. Die Häuserblocks am linken Save-Ufer haben aber noch einen Vorzug: Die Luft dort ist viel frischer als in der Altstadt. Die Architekten sagen, in Neubelgrad sei für tadellose Lüftung gesorgt. Jedes Haus ist von frischer Luft umweht. Das Klima ist hier durch die Nähe der Save und der Donau gemildert, sie umrahmen gleichsam die Häuserblocks. Bald sollen die Hafen- und Eisenbahnanlagen woandershin verlegt werden, und dann werden die Einwohner eine freie Aussicht auf die Flüsse haben.

Linksseits der Save entsteht eine Stadt ohne Schornsteine. Elektrizität und Gas verschonen sie vor Rauch und Ruß. Der Himmel über den Flachdächern der Häuser, die mit Keramikmosaike getäfelt sind, ist ebenso klar wie vor dem Bau des ersten Hauses auf Sandgrund.

Die Architekten haben sechs- und neungeschossigen Häusern den Vorzug gegeben. Dazwischen erheben sich einige mit 14 und 16 Geschossen. Die meisten dieser Architekten sind jung und haben bei der Ausgestaltung der Kleinstbezirke vieles originell gemacht und Geschmack bewiesen. Jeder solche Bezirk ist auf 8000 Einwohner berechnet, hat Geschäfte, Cafés, Schulen, Kindergarten und Parkplätze für die Wagen. Für die Mauern werden weitgehend verschiedene farbige Keramikplatten, Plaste und rauh verarbeiteter Putz verwendet.

„Die Arbeit an den Projekten für Neubelgrad macht uns viel Freude“, sagt Glavićka. „Das wird eine Stadt, in der

der Bewohner nicht abgekapselt, sondern jeder Kleinstbezirk eine Gemeinschaft guter Nachbarn sein wird, die die Angelegenheiten ihres Bezirks gemeinsam erledigen. Uns Architekten ist jetzt alles unerlässlich, was dazu beiträgt, die besten Voraussetzungen für eine sozia-

listische Lebensweise zu schaffen. Und wissen Sie, was uns ganz besonders freut? Als die ersten Häuserblocks am linken Save-Ufer den Mietern übergeben wurden, zogen viele Belgrader nur ungern aus der Altstadt hierher um. Jetzt werden wir von Gesuchen um

Wohnungen in Neubelgrad förmlich überschüttet.“

In den Kleinstbezirken linksseits der Save ist für künftige Parks und große Plätze mit Springbrunnen viel Raum frei gelassen. Bildhauer werden Neubelgrad mit ihren Werken zieren.

BÜCHERSCHAU

Fünfzig Jahre sowjetischer Außenhandel

Eine Neuerscheinung
des Verlags
Meshdunarodnyje otnoschenija

Fünfzig bedeutende sowjetische Wirtschaftswissenschaftler und Außenhandelsfunktionäre haben an diesem kurz vor dem großen Jubiläum in Moskau erschienenen Kollektivwerk mitgewirkt. Sein Hauptredakteur war der stellvertretende Außenhandelsminister Pawel Kumykin, das Vorwort schrieb Außenhandelsminister Nikolai Patolschew.

Der Bogen der Darstellung spannt sich von der Entstehung des sowjetischen Außenhandels über seine Gegenwart in die Zukunft. Ein umfangreiches Zahlenmaterial kennzeichnet den Ausbau der sowjetischen Außenhandelsbeziehungen sowohl nach Ländergruppen und Einzelstaaten als auch nach den wichtigsten Waren und Warengruppen.

Aber das Werk ist mehr als ein statistischer Sammelband. Anhand zahlreicher Tatsachen zeigt es, wie der Außenhandel von Anfang an dazu beiträgt, die materiell-technische Basis des Kommunismus zu schaffen, die sozialistische Gemeinschaft zu stärken und den Leninistischen Grundsatz der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlichen Gesellschaftssystems in die Tat umzusetzen.

Auffallend sind zunächst die enormen Erfolge des sowjetischen Außenhandels. Im Jahre 1921, dem „ersten Jahr des Handelsverkehrs mit dem Ausland“, wie Lenin es nannte, betrug der sowjetische Außenhandelsumsatz 181 Mill. Rubel gegenüber 15 Md. im Jahre 1966.

Besonders stürmisch wuchs er nach dem Krieg: von 1,28 Md. Rubel (1946) auf das 11,8fache in den folgenden 20 Jahren. Sein Tempo war bedeutend größer als das allgemeine Wachstumstempo

des Welthandels. Entfielen von dessen

Volumen vor dem Krieg kaum 1,5 Prozent auf die UdSSR, so heute bereits über 4,5 Prozent. In dieser Zeit ist die UdSSR unter den Welthandelspartnern vom 16. auf den 7. Platz aufgerückt. Wichtig ist dabei der Hinweis, daß „bei einer Gegenüberstellung des Außenhandelsvolumens der Sowjetunion mit dem gleichen Wert der industriell am stärksten entwickelten kapitalistischen Länder die unterschiedliche Bedeutung des Außenhandels für die wirtschaftliche Entwicklung der betreffenden Staaten zu berücksichtigen ist. Die UdSSR ist mit den wichtigsten Industrie- und Agrarerzeugnissen aller Art besser versorgt als die hochentwickelten kapitalistischen Länder. Infolgedessen hängt die sowjetische Wirtschaft in ihrer Entwicklung nur sehr wenig von äußeren Versorgungsquellen ab.“

Wichtige Veränderungen haben sich auch in der Warenstruktur des sowjetischen Außenhandels vollzogen, vor allem in der Hinsicht, daß sich der Anteil von Maschinen und Ausrüstungen am Export vergrößert hat, nämlich von 5,8 auf 20,8 Prozent in den Jahren 1946—1966. Noch erstaunlicher ist dieses Wachstum, wenn man die absoluten Zahlen betrachtet: von 34 Mill. Rubel auf 1654 Mill., d. h. fast auf das 49fache. Große Veränderungen weist der Part-

Heute aber tut die Gruppe um Mao Tse-tung alles, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu vereiteln. Infolgedessen ist der Anteil der UdSSR am chinesischen Außenhandel von 50 Prozent im Jahre 1959 auf 6 Prozent im Jahre 1966 gesunken. Dagegen unterläßt diese Gruppe nichts,

um den Handel mit den kapitalistischen Ländern auszubauen.

Obwohl in der Sprache einer ernsten Wirtschaftsstudie geschrieben, läßt der Sammelband mit seinen sachlichen, durch Ziffernmaterial belegten Formulierungen die hochdramatischen Peripetien des Kampfes erkennen, den die Sowjetmacht gegen die feindliche kapitalistische Umwelt führen mußte und auch heute führen muß. Seine Formen ändern sich: Wurde in den ersten Jahren der Sowjetmacht von den Imperia-

listen versucht, die UdSSR durch die totale Blockade, durch die knöcherne Hand des Hungers abzuwürgen, so versuchten sie es in den Jahren des kalten Krieges mit Diskriminierung und Restriktionen jeder Art. Im Jahre 1950 war der Anteil der kapitalistischen Länder am sowjetischen Außenhandel auf 15 Prozent gesunken. Nach 1958, als das Fiasco des kalten Krieges offenbar geworden und eine Reihe von großen Staaten darangegangen war, die Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR nach

Möglichkeit auszubauen, stieg dieser Anteil nach und nach auf 21 Prozent.

Die imperialistischen Regierungen waren stets bemüht, die außenwirtschaftlichen Beziehungen und den Welthandel zu benutzen, um den Sowjetstaat zu schädigen. Daß diese Politik nichts fruchtet, ist lediglich dem unermüdlichen Kampf des Sowjetstaates, dem Wachstum seiner Wirtschaftsmacht und seiner internationalen Autorität zu verdanken.

W. Rosen

Dezember 1967



1. Julius Nyerere, Präsident von Tansania, gibt das Inkrafttreten eines Vertrags bekannt, laut dem drei ostafrikanische Staaten — Tansania, Kenia und Uganda — eine wirtschaftliche Gemeinschaft bilden.

• Eine Delegation der Moskauer Öffentlichkeit sucht die Botschaft Griechenlands in Moskau auf und überreicht die auf einem Stadtmeeting beschlossene Protestresolution gegen die Willkür der in Griechenland herrschenden Junta.

2. Wie der türkische Außenminister, Sabri Çaglayangil, erklärt, sind die Türkei und Griechenland u. a. übereingekommen, zur Bereinigung der Zypern-Krise alle Truppen von Zypern zurückzunehmen, die die Stärke der im Londoner und im Zürcher Abkommen festgesetzten griechischen und türkischen Kontingente übersteigen.

3.—5. Das Zeitungs- und Verlagskonsortium International Publishing veranstaltet in London eine Konferenz sowjetischer und englischer Journalisten, die ihre Meinungen über die wichtigsten weltpolitischen Fragen und die englisch-sowjetischen Beziehungen austauschen.

4. Der westdeutsche General Jürgen Beennecke wird zum Befehlshaber der Vereinten NATO-Streitkräfte Europa Mitte ernannt. Am 1. April 1968 wird er auf diesem Posten von Kielmannsegg, einen anderen Bundeswehrgeneral, ablösen.

4.—8. N. Podgorny, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, weilt in Finnland, wo er auf Einladung des Staatspräsidenten U. Kekkonen an den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unabhängigkeit der Republik Finnland teilnimmt.

6. Oscar Daniel Gestido, Präsident von Uruguay, ist im Alter von 66 Jahren einer Herzattacke erlegen. Vizepräsident Pacheco Areco wird als Staatschef vereidigt.

6.—10. Auf Einladung des polnischen Außenministers A. Rapsacki stattet der sowjetische Außenminister A. Gromyko der VR Polen einen offiziellen Besuch ab.

7. Die Lage in der Republik Südjemen verschärft sich beträchtlich, weil bewaffnete Einheiten von Monarchisten sich wieder regen.

• Der Chefminister des Bundesstaates Mysore, S. Nijalingappa, wird zum Vorsitzenden des Nationalkongresses, der regierenden Partei Indiens, gewählt.

• Das USA-Finanzministerium gibt bekannt, daß die Goldreserven der USA nach der Pfundabwertung auf 12 434 Mill. Dollar gesunken sind und somit den niedrigsten Stand der letzten 30 Jahre erreicht haben (der höchste Stand, der von 1949: 24,6 Md. Dollar).

8. Die Sowjetregierung verweist in einer Erklärung an die westdeutsche Regierung auf das Aktiverwerben der militaristischen und neonazistischen Kräfte in Westdeutschland. Ähnliche Erklärungen werden auch an die Regierung der USA, Englands und Frankreichs zugestellt.

• Im Einklang mit der türkisch-griechischen Übereinkunft setzen sich griechische Einheiten (400 Mann) von Zypern ab.

• Die letzte Einheit ägyptischer Truppen, die sich in Jemen nach einer Vereinbarung mit der dortigen republikanischen Regierung befanden, schifft sich nach der VAR ein.

8.—9. L. Breschnew, Generalsekretär des ZK der KPdSU, weilt zu einem kurzen Freundschaftsbesuch in

der ČSSR, wo er mit Staats- und Parteiführern die Weiterentwicklung der sowjetisch-tschechischen Zusammenarbeit sowie Fragen der Weltpolitik und der kommunistischen und Arbeiterbewegung erörtert.

9. Die Große Nationalversammlung Rumäniens wählt den Generalsekretär des ZK der KP Rumäniens, Nicolae Ceaușescu, zum Vorsitzenden des Staatsrates der Republik und Ion Gheorghe Maurer zum Vorsitzenden des Ministerrates.

10. Die Fortschrittskräfte der Welt begehen den Tag der Menschenrechte, der dieses Jahr im Zeichen der Solidarität mit den um ihre Freiheit kämpfenden Völkern, vor allem mit dem heroischen vietnamesischen Volk, begangen wird.

• Der Revolutionsrat Algeriens beschließt eine Reorganisierung des Apparats der Nationalen Befreiungsfront „auf neuer Grundlage“. An die Spitze der Partei tritt Ahmed Kaid, Mitglied des Revolutionsrates.

• Die USA nehmen wieder eine unterirdische Testexplosion einer thermonuklearen Anlage vor.

• Das ZK der Demokratischen Partei Guineas nominiert Präsident Sékou Touré für die Präsidentschaftswahlen, die am 1. Januar 1968 stattfinden sollen.

11. Die TASS veröffentlicht eine Erklärung über die Absicht der USA, entgegen den Genfer Abkommen die Kriegshandlungen auch auf Kambodscha und Laos auszudehnen.

• Das Oberste Gericht der USA erklärt den Paragraphen des antidemokratischen McCarran-Gesetzes für verfassungswidrig, der die Beschäftigung von Kommunisten in Rüstungsbetrieben verbot.

• Kairo. Eine arabische Außenministerkonferenz beschließt, am 17. Januar 1968 in Marokko ein gesamtarabisches Gipfeltreffen durchzuführen.

NEUE SOWJETISCHE BRIEFMARKEN



Zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution hat das Fernmelde ministerium der UdSSR die Briefmarkenserie „50 heroische Jahre“ herausgebracht.

Sie umfaßt zehn Marken, von denen wir hier acht reproduzieren. Auf der ersten sind ein Kreml-Stern und das Wappen der UdSSR abgebildet; auf den übrigen bekannte Gemälde sowjetischer Künstler, die Denkwürdiges aus dem Leben des Sowjetstaates wiedergeben. Die Marken sind mehrfarbig, sie sind von Nikolai Schewzow entworfen. Die ersten fünf kamen am 25. Oktober, die übrigen am 1. November heraus.

Redaktion: Moskau K-6,
Maly Putinkowski
pereulok 1/2

Chefredakteur: Natalja SERGEJEWNA
Stellvertretende Chefredakteure: V. Bereshkov, N. Sluzker
Redaktionskollegium: I. Andronow, L. Besymenski, P. Jefimow,
M. Kremnjow, I. Trofimowa, D. Wolski